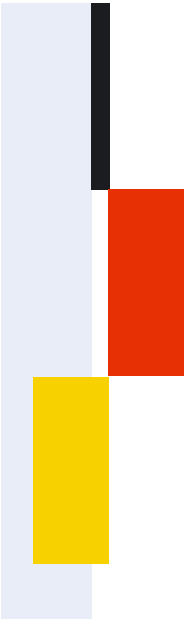




Bundesamt für
Verfassungsschutz

Extremismus und Terrorismus im Zeitalter der Informationsgesellschaft



**Extremismus und Terrorismus
im Zeitalter der
Informationsgesellschaft**

Publikation der Vorträge des 5. Symposiums
des Bundesamtes für Verfassungsschutz
am 4. Dezember 2006

Impressum:

Herausgeber:

Bundesamt für Verfassungsschutz

Merianstr. 100

50765 Köln

Tel.: 0 18 88 - 7 92 / 0

Fax: 0 18 88 - 79 83 65

e-Mail: info@verfassungsschutz.de

Internet: <http://www.verfassungsschutz.de>

Layout und Druck:

Bundesamt für Verfassungsschutz

IT 21.2 PrintCenter

Inhaltsverzeichnis

Seite

Begrüßung		
Heinz Fromm		4
Terrorismus als Kommunikationsstrategie		
Prof. em. Dr. Peter Waldmann		8
Vortrag: Die Internetbotschaften und Videoerlautbarungen der Al Qaida und Ihre Wirkung		
Dr. Sven Eiffler		21
The Cartoon Crisis		
Danish Security Intelligence Service (PET)		33
Trommler ohne Widerhall? Die Medienstrategie rechtsextremistischer Parteien		
Guido Selzner, M.A.		41
Die Nutzung des Internets durch Linksextremisten		
Dr. Stefan Kestler	Teil A	56
Die Nutzung des Internet durch Linksextremisten		
Erik Robert Lamouline	Teil B	67
Die Autoren		75

Heinz Fromm, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz

Begrüßung

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich heiße Sie alle herzlich willkommen zum 5. Symposium des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Ich begrüße besonders unseren Staatssekretär, Herrn Dr. August Hanning, aus dem Bundesinnenministerium. Herzlichen Dank, dass Sie es ermöglicht haben, zeitweise an der Veranstaltung teilzunehmen.

Ich freue mich sehr, dass ein ehemaliger Innenminister hier unter uns ist, Herr Prof. Dr. Bull, der nicht nur Innenminister des Landes Schleswig-Holstein war, ich kann mich persönlich noch sehr gut daran erinnern, sondern auch erster Bundesdatenschutzbeauftragter, herzlich willkommen. Weiterhin begrüße ich sehr herzlich meinen verehrten Amtsvorgänger, Herrn Dr. Frisch, der es sich nicht hat nehmen lassen aus dem Rheinland hierher zu kommen, um die heutige Präsenz des BfV in Berlin zu stärken. Ihnen gilt mein Willkommensgruß ebenso, wie dem für die Koordination der Nachrichtendienste des Bundes zuständigen Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt, Herrn MinDir Klaus-Dieter Fritsche, der bis vor etwas mehr als einem Jahr Vizepräsident des BfV gewesen ist und beim letzten Mal, obschon bereits im neuen Amt, hier noch aktiv mitgewirkt hat; davon ist er heute entbunden und kann sich ganz den Vorträgen widmen. Für die anwesenden Kolleginnen und Kollegen aus dem BMI begrüße ich stellvertretend Herrn MinDir Steig, den für uns zuständigen Abteilungsleiter im Bundesinnenministerium: Herzlich willkommen!

Meine Damen und Herren, gerade bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, kommt es, wie wir alle wissen, entscheidend auf ein enges und vertrauensvolles Verhältnis zwischen den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder an. Ausdruck dieser intensiven Kooperation ist auch, dass ich heute den Präsidenten des Militärischen Abschirmdienstes, Herrn Alff und die Vizepräsidenten des Bundeskriminalamtes und des Bundesnachrichtendienstes, Herrn Falk und Herrn von Brandis, hier begrüßen kann.

Es ist schön, dass meine Kollegen aus den Landesbehörden für Verfassungsschutz in so großer Zahl gekommen sind. Stellvertretend für sie alle begrüße ich Frau Claudia Schmid, die Leiterin der Berliner Verfassungsschutzbehörde. Herzlich willkommen liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

Wie eben schon angedeutet, kommt der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden eine besondere Bedeutung zu, und das gilt auch für den internationalen Bereich. Daher begrüße ich alle Vertreter ausländischer Partnerbehörden und freue mich besonders darüber, dass der Leiter des bulgarischen Inlandsdienstes, Herr Chobanov, den weiten Weg von Sofia nach Berlin nicht gescheut hat. Den nicht ganz so weiten Weg von Kopenhagen hierher hat der Leiter des dänischen Dienstes, Herr Findsen, zurückgelegt, seien Sie herzlich willkommen.

Schließlich möchte ich die zahlreichen Vertreter der Medien herzlich willkommen heißen. Wir freuen uns über Ihr Interesse.

Ein besonderes Anliegen ist es mir, Ihnen Herr Dr. Adam, herzlich für ihre Gastfreundschaft zu danken, die wir auch in diesem Jahr wieder genießen können. Vielen Dank für Ihre freundlichen Worte zu Beginn und die Unterstützung durch Sie persönlich und durch Ihre Mitarbeiter. Ebenso herzlich bedanke ich mich bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung des heutigen Symposiums.

Zu großem Dank bin ich den Referenten des heutigen Tages verpflichtet. Herrn Prof. Dr. Waldmann und Herrn Prof. Dr. Groebel danke ich sehr für Ihre Mitwirkung und ebenfalls der Vertreterin des dänischen Partnerdienstes, die heute zu uns sprechen wird.

Meinen Mitarbeitern Herrn Dr. Eiffler, Herrn Selzner, Herrn Dr. Kestler und Herrn Lamouline, die nachher referieren werden, danke ich ebenfalls sehr herzlich. Und, last but not least, gilt mein Dank den Dolmetschern für ihre Unterstützung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser heutiges Thema Extremismus und Terrorismus im Zeitalter der Informationsgesellschaft ist von hoher gesellschaftlicher und sicherheitspolitischer Relevanz. Wie in den vergangenen Jahren, beleuchten wir auch diesmal aus unterschiedlichen Perspektiven ein Thema, das für die verschiedenen Extremismusvarianten von Bedeutung ist. Gastreferenten aus der Wissenschaft, ich hatte sie eben erwähnt, und Vortragende aus den Fachabteilungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz untersuchen die Phänomene Extremismus und Terrorismus und gehen der Frage nach, ob deren Methodik verändert wird, ob sich neue Handlungsspielräume und Optionen ergeben. Mit unserer dänischen Kollegin haben wir eine kompetente Fachfrau des Partnerdienstes PET für einen Beitrag gewinnen können. Der von ihr thematisierte Streit um die Mohamed-Karikaturen und dessen gewalttätige Eskalation an verschiedenen Stellen in

der Welt dürfte uns allen noch sehr gut in Erinnerung sein.

Die neuen Informationstechnologien haben unseren Alltag und unser Kommunikationsverhalten so grundlegend verändert, dass bisweilen in Vergessenheit gerät, in welcher kurzen Zeit diese Entwicklung vorstattgegangen ist. Noch in den 1960er, 1970er Jahren war das Internet, um das herausragendste Medium zu nennen, weitgehend auf den militärischen Bereich begrenzt und seine Existenz nur Insidern bekannt. Auch nach Ausdehnung und Nutzung im Bereich der wissenschaftlichen Forschung in den 80er Jahren blieben Kenntnis und Anwendung dieser Technik einem sehr eingeschränkten Personenkreis vorbehalten. Erst in den 90er Jahren hat das Internet durch eine ungemein schnelle, unstrukturierte, gleichsam regellose Verbreitung, ermöglicht durch die Entwicklung immer leistungsfähigerer Rechner, jene Charakteristika herausgebildet, die wir heute damit verbinden.

Chancen und Risiken der Informationsgesellschaft stellen die Sicherheitsbehörden vor neue Aufgaben. Sie haben ihr technisches Instrumentarium verbessert und die Gefahren, die mit der Nutzung neuer Medien durch Extremisten entstehen, schon frühzeitig erkannt. Seit Anfang der 90er Jahre wird diese Thematik - ich habe es noch einmal nachgelesen - in den jährlichen Verfassungsschutzberichten erörtert und dort, um einen Begriff zu nennen, z. B. als „computergestützter internationaler Informationsaustausch“ bezeichnet. Die heutige Veranstaltung soll die Auswirkungen der Entwicklung, die ich eben kurz skizziert habe, auf die Phänomene Extremismus und Terrorismus beleuchten. Wenn größtmögliche Publizität seit jeher ein wichtiges Ziel der unterschiedlichen Extremismus- und Terrorismusvarianten war, um wie viel mehr gilt dies unter den heutigen Bedingungen? Das terroristische Kalkül, das vor allem auf die Schockwirkung und die Mobilisierung potenzieller Anhänger zielt, könnte aktuell eine noch größere Effizienz entfalten als bisher. Auf Grund der Asymmetrie der Kräfte stehen für Terroristen nicht die physischen Folgen ihrer Anschläge im Vordergrund, sondern die damit erreichbaren psychologischen und politischen Effekte.

Die größte Publizität erzielt derzeit der islamistische Terrorismus. Nicht zuletzt deshalb ist eine Analyse der diesbezüglichen Selbstinszenierungen im Internet von so großer Bedeutung, sowohl im Hinblick auf Denken und Sprache der Protagonisten als auch auf die Perzeption derartiger Verlautbarungen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz beschäftigt sich mit den Implikationen der Informationsgesellschaft selbstverständlich nicht nur in Bezug auf den islamistischen Terrorismus. Es thematisiert ebenso die Nutzung neuer Medien durch Rechts- und Linksextremisten. Wir müssen uns fra-

gen, ob etwa die Medienstrategie rechtsextremistischer Gruppierungen geeignet ist, deren gesellschaftliche Isolation aufzuheben und ob es ihnen gelingen kann, eigene Themen in der Öffentlichkeit zu platzieren. Der Einsatz moderner Kommunikations- und Informationsmittel ist aber auch in seiner Binnenwirkung für das rechtsextremistische Spektrum nicht gering zu achten. Dass Linksextremisten sich in ihrem ideologischen Kampf ebenfalls moderner Kommunikationsmittel bedienen, wird niemanden überraschen. Die vielfältigen Möglichkeiten, die sich daraus ergeben, nutzen sie, um das eigene Lager zu organisieren und zu mobilisieren. Überdies nehmen auch Linksextremisten für sich in Anspruch, der angeblich manipulierten öffentlichen Meinung eine davon unabhängige Berichterstattung entgegenzusetzen.

Meine Damen und Herren, selbstverständlich sind im Zeitalter der Informationsgesellschaft nicht nur die Sicherheitsbehörden aufgerufen, umsichtig mit dem Thema Extremismus und Terrorismus umzugehen. Dies ist auch eine Herausforderung für die Verantwortlichen in den Medien. Ihre Pflicht, die Öffentlichkeit zu informieren, kollidiert mitunter mit der Gefahr, Extremisten und Terroristen unfreiwillig Publizität und Aufmerksamkeit zu verschaffen. Zu diesem Thema werden wir im heutigen Schlussvortrag von Herrn Prof. Groebel sicherlich noch einige bedenkenswerte Überlegungen hören.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, freuen Sie sich mit mir auf interessante Beiträge der Referenten und eine hoffentlich lebhaftige Diskussion. Ich möchte nun das Wort an Herrn Elmar Theveßen übergeben, der uns zu meiner großen Freude, wie bereits im Vorjahr, als Moderator für dieses Symposium des BfV zu Verfügung steht.
Herzlichen Dank.

Terrorismus als Kommunikationsstrategie

1. Einleitung

- Die üblichen Fragen, mit denen Kommunikationswissenschaftler eine Botschaft aufschlüsseln, lauten: Wer sendet an wen was in welcher Form auf welchem Wege mit welchem Erfolg? Was den Terrorismus betrifft, so steht im Rahmen dieses Symposiums bei den anderen Referenten offenbar das „Wie“ („in welcher Form“, „auf welchem Wege“) im Vordergrund. Deshalb werde ich mich stärker auf die anderen Aspekte der terroristischen Botschaft: welches ihre Inhalte, wer ihre Adressaten sind und welchen Effekt sie haben, konzentrieren. Doch zuvor noch ein paar allgemeine Bemerkungen zum Einsatz von Gewalt, insbesondere terroristischer Gewalt, als Kommunikationsstrategie.
- Der Hauptunterschied zum üblichen militärisch-politischen Gewalteininsatz besteht darin, daß sich hier nicht nur zwei Parteien gegenüberstehen, die einander Schaden zufügen, sondern von einer Dreierkonstellation auszugehen ist: Die Gewaltopfer terroristischer Anschläge sind nur ein Mittel, um ein breiteres Publikum zu erreichen: Sie werden benützt, um Zeichen zu setzen, aufzurütteln, auf das Anliegen der Terroristen hinzuweisen – das ist ihre Funktion; im übrigen sind sie für die Gewalttäter uninteressant. Die Anarchisten des 19. Jahrhunderts, die diese Methode, öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen, erfunden haben, taufte sie „Propaganda der Tat“. Heute spricht man neutraler von Terrorismus als einer Kommunikationsstrategie oder –taktik.
- Dabei ist aber nicht zu vergessen, daß sich diese Strategie nicht überall mit gleichem Erfolg anwenden läßt, sondern auf gewisse Voraussetzungen angewiesen ist:
 - Damit ein Gewaltakt zum öffentlichen Ereignis wird, bedarf es der Medien, die daraus eine Geschichte machen, ihn in einem Bild einfangen. Nicht von ungefähr ist der moderne Terrorismus zum selben Zeitpunkt entstanden, als das Dynamit erfunden wurde und die moderne Massenpresse aufkam, nämlich Mitte des 19. Jahrhunderts. „Bad news are

good news“ – wir wissen, daß diese Devise bis heute gilt; sie hat sicher dazu beigetragen, daß seit jener Zeit die Welt mit sukzessiven Wellen des Terrorismus überschwemmt wurde.

- Die andere Voraussetzung ist prekärer: Es liegt auf der Hand, daß spektakuläre Gewaltakte nur dann und dort als außergewöhnliche Ereignisse wahrgenommen werden und in ihrem Symbolgehalt Beachtung finden, wo der allgemeine Gewaltpegel relativ niedrig ist. Ein Anschlag in Bogotá oder Caracas, bei dem 10 Menschen umkommen, erregt nicht die Aufmerksamkeit wie dasselbe Ereignis in Stockholm. Dies ist einer der Hauptgründe dafür, warum die relativ gewaltarmen westlichen Demokratien für terroristische Gruppen eine so ungemein attraktive Operationsbühne darstellen.
- Gefährlich an diesem Zwang, den üblichen Geräuschpegel an Gewalt zu übertreffen, ist, daß auf diese Weise eine Art Eskalierungsmotor in die Anschlagdynamik eingebaut ist. Das gilt zumindest für jene Gruppen, die nicht nur in einem nationalen oder regionalen Kontext tätig sind, sondern, eine perverse Folge der Globalisierung, weltweit Aufmerksamkeit erregen wollen. Denn sie werden stets neue, im Zweifel brutalere Anschlagvarianten ersinnen, um die Weltöffentlichkeit zu beeindrucken. Im Einzelfall kann von diesem makabren Wettbewerb allerdings auch ein deeskalierender Effekt ausgehen, weil eine Gewaltorganisation weder an ihm teilnehmen, noch durch „Minianschläge“ sich lächerlich machen will (Beispiel: die ETA in Spanien nach dem Megaanschlag vom 11.3. in Madrid durch islamistische Terroristen).
- Im Folgenden steht Gewalt als Kommunikationsmittel und –strategie im Vordergrund der Betrachtung. Versuche der Terroristen (etwa der Islamisten), friedlich für ihre Ziele zu werben, bleiben ausgeblendet. Die Gewalt verschafft eine Resonanz eigener Art, begrenzt freilich auch das Wirkungsfeld der Akteure in spezifischer Weise.
- Aufbau des Referates:
Zunächst wird ein Überblick über die Hauptadressaten (Bezugsgruppen) terroristischer Botschaften gegeben und werden die verschiedenen Komponenten dieser Botschaften aufgeschlüsselt. In einem zweiten Abschnitt werden die Kommunikationsprofile der Hauptformen des Terrorismus skizziert. Abschließend soll kurz auf die Frage eingegangen werden, ob

die Botschaften „ankommen“, d.h. wie effektiv sie sind.

2. Was wird kommuniziert und an wen?

- a) Die zweite Frage, jene nach den negativen und positiven Adressaten (Bezugsgruppen), wird vorgezogen, da von ihr auch der Inhalt der Botschaft abhängt. Oft ist nicht einfach zu erkennen, an wen sich Terroristen wenden, welches das anvisierte Publikum ist (Frage, ob sie sich selbst immer darüber im Klaren sind). In groben Umrissen lassen sich vier Hauptadressatengruppen erkennen:
- Die erklärten Feinde, die eng oder weit definiert sein können. Der klassische, vor allem der sozialrevolutionäre Terrorismus attackierte vor allem Hauptvertreter des bekämpften Systems, herausragende Vertreter von Militär, Politik und Wirtschaft; ähnliches gilt für den ethnisch-nationalistischen Terrorismus; beim religiösen Terrorismus ist die einkategorie viel weiter und diffuser: der Westen, alle Ungläubigen etc.
 - Als Pendant zu den Feinden auf der Gegenseite die engere Gefolgschaft als positive Bezugsgruppe: Jene, auf deren moralische und logistische Unterstützung die Terroristen angewiesen sind. Das kann ein kleiner Kreis von Sympathisanten sein (sozialrevolutionärer Terrorismus, Extremfall der RAF) oder eine ansehnliche Bevölkerungsgruppe (bei ethnischen und religiösen Gewaltbewegungen: die „radical community“). Ihre Bedeutung, lange verkannt, als Adressat terroristischer Botschaften ist kaum zu überschätzen.
 - Rivalen, d.h. andere radikale Gruppen, die um Unterstützung bei denselben sozialen oder religiösen Schichten werben, ebenfalls die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich lenken wollen, für die gleichen Ziele oder ähnliche kämpfen. Wie kann man sie übertreffen, von der eigenen Überlegenheit überzeugen, sie vor dem Publikum diskreditieren und in den Schatten stellen? (Konkurrenzkämpfe sind unter terroristischen Gruppen üblich, Kooperation eher die Ausnahme).
 - Schließlich das breite Publikum, die Öffentlichkeit im umfassenden Sinn, die primär national oder international sein kann. Sie soll vor allem beeindruckt werden, den terroristischen Verband zur Kenntnis nehmen. Hierzu zählt auch die große Masse der „als interessiert un-

terstellten“ potentiellen Anhänger, die aufgewühlt, zur Parteinahme für die Terroristen veranlaßt werden sollen. Unter Umständen ist das Projekt der Terroristen aber weniger ambitiös, reicht es ihnen, wenn die Masse der Menschen verunsichert, eingeschüchtert wird, sie jedenfalls ernst nimmt.

Wichtige Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen und noch keineswegs geklärt sind, wären etwa, wie kompatibel die an verschiedene Bezugsgruppen gerichteten Botschaften sind. Was für die engere Gefolgschaft als Durchhalteparole gedacht ist, muß noch nicht potentielle künftige Anhänger überzeugen usf. Außerdem gilt es bei terroristischen Gruppen, die in einem internationalen Kontext operieren, die unterschiedlichen kulturellen Milieus zu berücksichtigen, in denen die Botschaft plaziert werden soll. Hinzu kommt jedoch vor allem, daß selbst hinsichtlich einer und derselben Bezugsgruppe durchaus schillernde, mehrdeutige Botschaften ausgesandt zu werden pflegen. Ich zähle die wichtigsten Bedeutungsvarianten auf (die sich nicht ausschließen müssen).

b) Im Gewaltakt enthaltene Botschaften, nach Bezugsgruppen ausdifferenziert

- an die Feinde:
 - starke unmittelbare Bedrohung, verbunden mit der Hoffnung auf eine repressive Überreaktion (Provokationskalkül). „Es muß schlechter werden, damit es besser wird“ (Zeloten und Sicarii; Narodnaja Volja; auch ETA).
 - Racheschematismus: Tit for tit oder Tit for tat; das Blut der eigenen Opfer soll nicht ungesühnt bleiben, für jeden getöteten Terroristen muß die Gegenseite bezahlen (Israel/Palästinenser).
 - Abnützungskrieg (war of attrition): die Anschläge werden so lange fortgesetzt, bis den Feinden die „Kosten“ zu hoch werden, sie abziehen oder sonstige substantielle Zugeständnisse machen (antikoloniale Befreiungskriege, auch Aufbegehren gegen „internen Kolonialismus“ – ETA und IRA).
 - Versuch, einen politischen Dialog zu erzwingen, d.h. vom Gegner, insbesondere vom Staat, als militärisch-politischer Verhandlungspartner ernst genommen zu werden (PLO, IRA).

- Extreme, unversöhnliche Feindschaft: Es gibt nichts zu bereden oder zu verhandeln, nur einen Modus sozialer Interaktion: Gewalt und Vernichtung (Rechtsextremisten, religiöse Fanatiker).
- Botschaften an die eigene Sympathisantenszene und Gefolgschaft:
- politisch/militärischer Vertretungsanspruch: erst Gewaltakt schweißt Anhänger zusammen, macht sie zur Gemeinschaft, der Kernzelle des künftigen Staates (ETA, IRA).
- Erzeugung moralischen Drucks durch eigenes Engagement und erbrachte Opfer, insbes. bei Selbstmordattentaten: Wer folgt uns nach, tritt in unsere Fußstapfen? (sämtliche terroristische Organisationen, von RAF bis hin zu Hamas)
- Durchhalteparole: Nicht aufgeben, der bewaffneten Avantgarde vertrauen, Zähigkeit wird durch Endsieg belohnt.
- Drohende Untertöne: Wer uns im Stich läßt, ist ein Verräter, muß mit Bestrafung rechnen (Knieschüsse, Hinrichtungen) (ETA, Narodnaja Volja usf.).
- Botschaften an rivalisierende Organisationen:
- Beweis überlegender Effizienz und Opferbereitschaft (Libanon in 80er Jahren: Konkurrenz zwischen Amal und Hizbollah, Irak nach der Invasion von 2003, Tschetschenien).
- Alleinvertretungsanspruch hinsichtlich des zu befreienden Kollektivs (vor allem bei territorial verankerten Gewaltverbänden).
- Drohung: notfalls wird Rivalität gewaltsam ausgetragen, und zwar mit instrumenteller, nicht mit kommunikativer Gewalt (Official IRA vs. Provisional IRA in den 70er Jahren).
- Botschaften an das breite Publikum:
- Existenzbeweis: Terroristische Gruppe zeigt, daß mit ihr zu rechnen ist, bombt sich in die allgemeine Aufmerksamkeit hinein.
- Unterminierung der Staatsautorität: staatlicher Macht sind Grenzen gesetzt, der Staat vermag nicht die öffentliche Sicherheit zu garantieren.

- Drohkomponekte: keiner ist außerhalb der Reichweite der Terroristen und gänzlich ungefährdet (im Extremfall: jeder, der nicht für uns Partei ergreift, macht sich schuldig); Einzelner soll sich im Zweifelsfall eher passiv verhalten, auf keinen Fall für Gegner Partei ergreifen.
- Werbekomponekte: wir vertreten eine gerechte Sache, Eure Sache, schließt Euch an, seid ebenfalls mutig und opferbereit!
- Appell an die internationale Öffentlichkeit: Der Gewaltanschlag wird als Akt der Notwehr angesichts akuter Unterdrückungsgefahr dargestellt, soll die internationale Staatengemeinschaft auf den Plan rufen und zum Eingreifen veranlassen. Dieses Appellmuster, schon im 19. Jahrhundert von den türkisch beherrschten Völkern auf dem Balkan (Griechen, Serben usw.) praktiziert, wiederholt sich bis in die Gegenwart hinein (z.B. im Zypern der 50er Jahre: Ermordung britischer Soldaten → GB schlägt hart zurück → Denunzierung des repressiven britischen Kolonialregimes in internationaler Öffentlichkeit)

Wie diese Aufzählung zeigt, gibt es selbst im Hinblick auf ein und dieselbe Bezugsgruppe ein breites Bündel möglicher Botschaften, die via Gewalt transportiert werden. Auch die eigenen Anhänger bleiben von Drohungen nicht verschont; umgekehrt schließen die Terroristen in der Regel den Dialog selbst mit ihrem ärgsten Feind nicht aus. Gleichwohl richten sich die Botschaften nicht in gleichem Maße an alle Bezugsgruppen. Die kommunikative Strategie kann sich im Verlauf der Entwicklung einer terroristischen Organisation auch langsam verschieben und verändern.

Im folgenden seien einige Kommunikationsprofile aufgezeigt, wie sie für die Hauptformen des Terrorismus bezeichnend sind.

3. Kommunikationsprofile in der terroristischen Praxis

a) Rechtsradikalismus

Wie bei allen Gruppen, die sich stark dünken, entfällt hier weitgehend der angestrebte Propagandaeffekt, die Suche nach der breiten Publizität. Rechtsradikale haben meist bescheidenere Ziele, möchten allenfalls ihren Namen in der lokalen Presse abgedruckt sehen (Norwegen). Sie sind auch nicht auf der Suche nach Verbündeten, erheben allenfalls den Anspruch, im Namen eines gleichgesinnten lokalen Publikums zu handeln. Dieses Handeln birgt, im Unterschied zu

den anderen Formen des Terrorismus, wenig Risiken, da es sich nicht gegen Staatsvertreter, sondern gegen schwache Gruppen in einer gesellschaftlichen Außenseiterposition richtet. Der Kommunikationsgehalt derartiger Aktionen reduziert sich im wesentlichen auf Drohungen: Jeder Angehörige der Randgruppen, der sich im Macht- und Einflussbereich der Rechtsradikalen aufhält, riskiert angegriffen und niedergemacht bzw. mißhandelt zu werden.

b) Ethnisch-nationalistischer Terrorismus

Am Anfang einer ethnisch-nationalistischen Gewaltbewegung mag, wie im Fall der spanischen ETA, die der Franco-Diktatur die Stirn bot, ein klassisches Provokationskalkül stehen: Man fordert durch gezielte Anschläge auf Vertreter des Sicherheitsapparates den Staat heraus, wohl wissend, daß er hart zurückschlagen und dabei auch Unbeteiligte treffen wird, die sich dann, wie man hofft, den Aufständischen anschließen werden. Doch je länger der Konflikt sich hinzieht – und gerade ethnisch-nationalistische Gewaltkonflikte ziehen sich endlos hin – desto mehr differenziert sich das gesellschaftliche Umfeld in Hinblick auf den Terrorismus aus, desto klarer wird auch, was die terroristischen Botschaften ausrichten und wen sie nicht zu erreichen vermögen. Ihre bevorzugten Adressaten sind dann eindeutig der als Okkupationsmacht wahrgenommene Zentralstaat einerseits, die engere Anhängerschaft der Terroristen andererseits. Inzwischen hat der Zentralstaat gelernt, mit den Terroristen umzugehen, ihn, wie anfangs, zu äußerst heftigen und im Ergebnis kontraproduktiven repressiven Überreaktionen provozieren zu wollen, ist nutzlos. Also schwenken die Terroristen zu einer Zermürbungsstrategie um, setzen weniger auf spektakuläre Einzelanschläge, versuchen vielmehr ihre Kampagne durch regelmäßig sich wiederholende Angriffe zeitlich in die Länge zu ziehen, in der Hoffnung, irgendwann würden die Staats- und Regierungsvertreter der ständigen Angriffe und der mit dem hohen Kontrollaufwand verbundenen Kosten überdrüssig werden und die Minderheit in die politische Unabhängigkeit entlassen. Ein solches Langzeitkonzept läßt sich allerdings nur durchhalten, wenn ein Teil der betreffenden Minderheit fest hinter den Gewaltaktivisten steht. Deshalb sind die Anschläge zugleich wichtige Signale für die eigene Anhängerschaft: Sie sollen dieser gegenüber vom ungebrochenen

Kampfes- und Opferwillen der bewaffneten Avantgarde Zeugnis ablegen und sie in die Pflicht nehmen, diese auf jede nur erdenkliche Weise weiter zu unterstützen. Dagegen spielen die übrigen Bevölkerungsektoren im Kommunikationskalkül der Terroristen nur eine untergeordnete Rolle. Beispielsweise haben sie sich damit abgefunden, daß es innerhalb der Minderheit selbst breite Gruppen und Schichten gibt, die ihren Gewaltkurs ablehnen und sich in dieser Haltung nicht mehr beeinflussen lassen. Die Mehrheitsbevölkerung interessiert sie ohnehin nur insoweit, als sie darauf spekulieren, durch gelegentliche willkürliche Anschläge außerhalb ihres engeren Siedlungsgebietes allgemeinen Schrecken zu erzeugen und den Druck auf die Regierung, an die Minderheit substantielle Zugeständnisse zu machen, zu erhöhen.

c) Sozialrevolutionärer (marxistischer) Terrorismus

Dieser Typus terroristischer Bewegungen, für den die RAF, die Roten Brigaden, Action directe und andere Gruppen aus den 70er und frühen 80er Jahren stehen, läßt sich als ein Gewaltverband auf der ständigen Suche nach einer breiten Gefolgschaft, dem sog. revolutionären Subjekt, charakterisieren. Wie im Falle des ethnisch-nationalistischen Terrorismus ist ein Hauptadressat der Anschläge der Staat. Doch wird gegen ihn kein langfristiger Abnutzungskrieg geführt, vielmehr bleibt die Erwartung bestehen, daß er sich im Zuge seiner übertriebenen Abwehrmaßnahmen, für jedermann erkenntlich, selbst ruinieren, d.h. als Unrechts- und Willkürstaat entpuppen und in einer revolutionären Welle hinweggefegt werden würde, um von einem neuen, besseren Herrschaftssystem ersetzt zu werden. Doch dieser revolutionäre Umschwung ist schwerlich ohne eine aufständische Massenbewegung denkbar. Folglich hielten die sozialrevolutionären terroristischen Zellen ständig nach ausgebeuteten und unterdrückten sozialen Schichten Ausschau, aus denen eine solche Massenbewegung hervorgehen könnte. Obwohl hochtheoretisch, waren die langen Erklärungen, die sie als Begleittexte zu ihren Anschlägen verfaßten, nicht zuletzt an die Adresse dieses noch ausfindig zu machenden revolutionären Subjektes gerichtet. Erst als sich immer deutlicher herausstellte, daß sich, von einem sehr begrenzten Sympathisantenkreis abgesehen, niemand für ihre weitreichenden Umsturzpläne interessierte, fand

eine dem ethnisch-nationalistischen Terrorismus analoge Schwenkung statt. Zum Hauptadressaten ihrer Gewaltbotschaften wurden, neben dem nach wie vor diabolisierten Staat, nunmehr die Mitglieder der terroristischen Organisation und ihre kleine Unterstützerschar selbst, die sich auf diese Weise ihre höhere Berufung als revolutionäre Avantgarde bestätigten und gegenseitig am Verlassen der Organisation hinderten. Fetscher und Münkler haben in diesem Zusammenhang von einer „existentialistischen“ Wende und Begründung des bewaffneten Kampfes der RAF gesprochen.

d) Religiöser Terrorismus

Die Kommunikationsprofile des ethnisch-nationalistischen und des sozialrevolutionären Terrorismus sind insofern interessant, als sie, in gebrochener Form, auch beim religiösen Terrorismus wieder auftauchen. Zunächst ist aber auf einen Zug hinzuweisen, der diesem ein unverwechselbares Eigenprofil verleiht. Das ist die zentrale Bedeutung, die für den gläubigen Gewaltaktivisten seine Verbindung zu Gott hat. Diese Unterordnung unter den Willen des Allerhöchsten und die imaginierte Kommunikation mit ihm stellt die Beziehung zu allen irdischen Bezugsgruppen in den Schatten. Das gilt jedenfalls für den religiösen Einzelterroristen und kleine Zellen religiöser Fanatiker, während man annehmen darf, daß in dem Maße, in dem ein Verband wächst, für seine Kommunikationsstrategien die korporativen Eigeninteressen und die Interessen der von ihm vertretenen Gemeinschaft von Gläubigen in dieser Welt bestimmend werden. Eine weitere Instanz, die das Verhalten religiöser, insbesondere islamistischer Attentäter maßgeblich beeinflusst, sind die Geistlichen. Diese entscheiden mit, welche Gewaltakte als Mittel, öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen, zulässig sind und wo die Grenzen liegen. Im übrigen gibt es nicht „das Kommunikationsprofil“ des islamischen Terrorismus, sondern muß differenziert werden. Vor allem ist eine Trennlinie zwischen primär in einem begrenzten territorialen Rahmen operierenden Organisationen wie Hamas, Hizbollah oder den tsetschenischen Rebellen einerseits, dem transnationalen Terrorismus von Al Qaida und ihren Ablegern und Sprößlingen andererseits zu ziehen. Was Hamas, Hizbollah usw. betrifft, so begegnet man durchaus vergleichbaren Kommunikationsmustern, wie man sie bereits von der IRA und der ETA

her kennt. Ihre Hauptkommunikationspartner sind der als feindliche Besatzungsmacht wahrgenommene Staat und die auf sie eingeschworenen Bevölkerungsegmente. Während sie gegen den feindlichen Staat (im Fall der Hizbollah ursprünglich vor allem der israelische Staat – wie sie sich in der Zukunft verhalten wird, ist noch offen) einen Zermürbungskrieg führen, scheuen sie keine Mühe, jene Bevölkerungsgruppen, die sie mobilisiert und hinter sich gebracht haben, in ihrem Engagement zu bestärken und dafür zu belohnen. Die anderen Gruppen sind für sie zweitrangig, auch der globale Dji-had interessiert sie nicht sonderlich.

Al Qaida und die daran angelagerten Organisationen, die eine globale Dji-had-Strategie verfolgen, erinnern wiederum stark an die sozialrevolutionären terroristischen Gruppen der 70er und 80er Jahre. In der Tat sind die Kader von Al Qaida, vergleichbar den genannten Gruppen, großenteils aus gescheiterten religiösen Protest- und Umsturzbewegungen auf nationaler Ebene, etwa in Ägypten, Algerien, ansatzweise auch in Saudi-Arabien, hervorgegangen. Wie die Linksterroristen jener Zeit erhofften sie sich von einer Provokationsstrategie einen grundlegenden politischen Wandel; wie bei jenen ist ihr Vorgehen hochgradig ideologisch motiviert, hat man jedoch Mühe zu erkennen, wie ihre weitreichenden religiös-politischen Pläne eines Macht- und Herrschaftswechsels im Einzelnen umgesetzt werden sollen; und wie jene, so jedenfalls mein Eindruck, sind sie auf der vergeblichen Suche nach dem revolutionären Subjekt, der breiten Masse von Gläubigen, die ihrem Kampfaufruf Folge leisten; sie finden primär Gehör bei Einzelnen, meist Randseitern der jeweiligen Gesellschaft.

Die Parallele läßt sich sogar weiter ziehen bis hin zur von Fetscher und Münkler beobachteten existentialistischen Wende bei den marxistischen Gruppen, insbesondere der RAF. Offenbar gibt es auch im islamistischen Lager mittlerweile Gruppen, die einen stark autistischen, privatistischen Zug haben. Sie haben die Verbindung zur weiteren sozialen Umwelt weitgehend gekappt, stehen primär nur noch mit Gesinnungsgenossen in Verbindung, bestärken sich wechselseitig in ihren radikalen Ideen. Dementsprechend sind ihre Anschläge nur noch begrenzt als Propaganda für etwas und Signale an jemanden zu verstehen, sondern stellen Opfer-rituale eigener Art dar, die primär den Zweck verfolgen, den „Märtyrern“ den Zugang zum Paradies zu eröffnen (O. Roy).

4. Kommt die terroristische Botschaft an, inwieweit ist sie „erfolgreich“?

Das ist eine schwierige, im Unterschied zur Wirkung der Medien wenig untersuchte Frage, zu der an dieser Stelle nur einige tentative Anmerkungen gemacht werden sollen. Dabei erscheint es zweckmäßig, drei Aspekte der terroristischen Botschaft auseinanderzuhalten: die Drohkomponente, den Solidarisierungsauf Ruf und die allgemeine Appellfunktion. Was den Droh-aspekt betrifft, der in den Anschlägen enthalten ist, so verfehlt er seine Wirkung nicht. Etliche Beispiele belegen, daß nach einem terroristischen Megaanschlag die Staatsmänner unterschiedlicher Couleur und Provenienz eng zusammenrückten und den Terrorismus als eine der Hauptgefahren für die Menschheit anprangerten. Doch auch beim Durchschnittsbürger, für den die Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Anschlags zu werden, minimal ist, weckt der Terrorismus, wie Umfrageergebnisse belegen, große Ängste und Befürchtungen. Das dürfte damit zusammenhängen, daß es sich um eine Bedrohung handelt, die aus heiterem Himmel kommt, hinter der Menschen stehen, die systematisch Böses im Schilde führen und gegen die man sich nicht wehren kann.

Auch der allgemeine Aufmerksamkeitseffekt, wenn es denn nur das ist, worauf die Terroristen abzielen, ist, zumindest bei größeren Anschlägen, gewährleistet. Unser Mediensystem in seiner gegenwärtigen Struktur und Ausrichtung auf spektakuläre Bilder sorgt dafür, solange – was unwahrscheinlich ist – die Zahl terroristischer Aktionen nicht inflationär zunimmt. Gewiß berichtet die internationale Presse nicht über jeden Anschlag in der Dritten Welt, doch auf der jeweiligen nationalen Ebene wird er durchaus zur Kenntnis genommen. Die immer zahlreicher werdenden Megastädte in der ganzen Welt sind für Störungen aller Art hochempfindliche soziale Gebilde, die den Terroristen einen ausgezeichneten Resonanzboden für ihre Gewaltexplosionen und die daran geknüpften Signale bieten.

Am schwersten ist der angestrebte Solidarisierungseffekt zu erzielen. Das hängt zunächst mit der paradoxen Intention zusammen, durch einen destruktiven Akt positive Gefühle der Sympathie und Unterstützungsbereitschaft erzeugen zu wollen. Doch nicht minder ins Gewicht fällt das Risiko, das jemand eingeht, wenn er für die Terroristen Partei ergreift: die Möglichkeit, diese Parteinahme durch Vertreibung, Haft oder den eigenen Tod bezahlen zu müssen.

Es scheint, daß die damit verbundene Barriere für ein aktives Engagement nur unter bestimmten Bedingungen überwunden werden kann:

- Etwa wenn es eine enge persönliche Bindung (Freundschaft, Verwandtschaft) zu den Terroristen gibt, die dazu führt, daß man dem von diesen ausgeübten Solidaritätsdruck kaum ausweichen kann;
- wenn ein gemeinsamer Bezugspunkt die Terroristen und die von diesen anvisierte Unterstützergruppe zu einer Art Schicksalsgemeinschaft zusammenschweißt.

Gemeinsame kollektive Herkunft und der Anspruch auf ein bestimmtes Stück Land sind solche Bezugspunkte, die Berufung auf eine gemeinsame Ideologie reicht im allgemeinen nicht aus;

- u.U. wird eine solche Gemeinschaft auch „von oben“ künstlich geschaffen, etwa im Rahmen einer Diktatur oder eines Besatzungsregimes, wenn alle Mitglieder einer Nation bzw. Volksgruppe eo ipso als verdächtig erscheinen und entsprechend behandelt werden.

Im übrigen ist nicht zu vergessen, dass Terrorismus nicht zuletzt ein die Menschheit periodisch und wellenförmig heimsuchendes Mode- und Nachahmungsphänomen ist. Auf dem Scheitelpunkt solcher Wellen ergreifen intuitiv zahlreiche Menschen für die Terroristen Partei und sehen in ihnen und den von ihnen vertretenen Gruppen die Opfer, während, nachdem die Welle abgeflacht ist, Ernüchterung Platz greift und die Brutalität der Gewaltakte sowie ihr begrenzter Nutzeffekt vermehrt in den Vordergrund rücken.

Literatur

- Fetscher, Iring und Rohrmoser, Günter: Analysen zum Terrorismus, Bd. 1, Ideologien und Strategien, Opladen 1981.
- Klußmann, Jörgen (Hrsg.): Terrorismus und Medien. Eine komplexe Beziehung, Bonn 2005.
- Malthaner, Stefan: Terroristische Bewegungen und ihre Bezugsgruppen. Anvisierte Sympathisanten und tatsächliche Unterstützer, in: P.Waldmann (Hrsg.): Determinanten des Terrorismus, Weilerswist 2004, S.85-138.
- Neidhardt, Friedhelm: Kalkül mit der Angst. Terrorismus, Medien und

die Grenzen der Gelassenheit, in: Wissenschaftszentrum Berlin, Mitteilungen, Heft 113, Sept. 2006, S.10-13.

- Paletz, David und Schmid, Alex (Hrsg.) Terrorism and the Media, London/ New Delhi 1992.
- Rapoport, David C.: The four Waves of Rebel Terror and September 11, in: Charles W. Kegley (Hrsg.): The New Global Terrorism. Characteristics, Causes, Controls, New Jersey 2003, S.36-52.
- Roy, Olivier: Globalised Islam. The search for a new Ummah, London 2004. - Schmid, Alex und Graaf, Jenny de: Violence as Communication, London 1982.
- Waldmann, Peter: Terrorismus- Provokation der Macht, 2.Aufl., Hamburg 2005.

Dr. Sven Eiffler, Bundesamt für Verfassungsschutz

Vortrag: Die Internetbotschaften und Videoverlautbarungen der Al Qaida und Ihre Wirkung – Eine Einladung zum Terror ¹

I. Einführung

Al Qaida hat ihrer medialen Präsenz seit jeher eine ebenso große Bedeutung beigemessen wie ihrer operativen. Als die Organisation in Afghanistan Fuß zu fassen begann, gehörte neben einem Militärausschuss, Ausschüssen für Finanzen und für Rechtsgutachten (Fatwas) auch ein eigens für die Medienarbeit eingerichtetes Gremium zu ihren Kernelementen. In einem der Klassiker der Jihadschriften mit dem Titel „Ritter unter dem Banner des Propheten“ schreibt der Al Qaida Vize Ayman al Zawahiri „Den Massen der Umma unsere Botschaft zu vermitteln und das Medienembargo gegen die Dschihad-Bewegung zu brechen, dies ist eine eigenständige Schlacht, die wir parallel zur militärischen führen müssen“ ².

Inhaltlich hat die Medienstrategie der AQ drei Grundaufgaben zu erfüllen. Dazu gehört, der eigenen Anhängerschaft die Begehung terroristischer Akte als aus einer Notwehrlage bedingte ultima ratio darzustellen und damit zu legitimieren. Hierunter fallen etwa die zahlreichen, mit beträchtlichem rhetorischen Aufwand betriebenen Rechtfertigungen des Selbstmordattentats als Mittel der militärischen Kriegführung³. Daneben ist die Bedrohung und Einschüchterung des westlichen Gegners als Mittel der psychologischen

Kriegführung zu nennen ⁴. Als entscheidend für die Ausdehnung des Anhänger- und Sympathisantenkreises und damit des Wirkungsradius muss hingegen die propagandistische Überhöhung der Ziele und Aktionen der Organisation angesehen werden.

Dabei zeigt sich, dass AQ mittlerweile einen nicht nur handlungslegitimie-

1 Der Untertitel lehnt sich an ein ursprünglich am 2. September 2006 auf Englisch, am 28. März 2007 auf „gimfl.wordpress.com“ auch auf Deutsch veröffentlichtes AQ-Video mit dem Titel „Einladung zum Islam“ an. Dieses wie sämtliche hier zitierten Videos sind im Internet abrufbar unter „siteinstitute.org“.

2 Zitiert nach Kepel/Milelli, Al-Qaida Texte des Terrors, München 2006, S. 367

3 So z.B. eine Erklärung vom 21. Oktober 2001, in der Usama Bin Laden die Anschläge vom 11. September 2001 mit der Begründung rechtfertigt, dass dies nur ein Teil dessen sei, was die Muslime seit Jahren erduldeten.

4 z.B. Botschaft von Usama Bin Laden vom 19.01.2006. Androhung weiterer Anschläge in den USA. Nicht zuletzt gehören hierzu auch die Kommentare zu aktuellen weltpolitischen Ereignissen, die Handlungsfähigkeit und Mitsprachekompetenz auf Augenhöhe, allen militärischen, nachrichtendienstlichen und polizeilichen Anstrengungen des Westens zum Trotz demonstrieren sollen.

renden ⁵, sondern einen handlungsleitenden ideologischen Überbau geschaffen hat, der sämtlichen islamistischen Gruppierungen und Individuen als „Firma“ angeboten wird.

Der Charakter eines weltweiten „Markenzeichens“ (Roy) ⁶ im operativen Geschäft unabhängiger Terrorfilialen tritt immer deutlicher zu Tage. Nicht nur sind es die größeren Terrororganisationen aus dem arabischen Raum, wie vor wenigen Monaten zuletzt die algerische GSPC, die formal ihre Zugehörigkeit zur AQ proklamieren ⁷, sondern vor allem die zahllosen Klein- und Kleinstgruppen, die sich – auch hier bei uns in Europa - auf AQ berufen. Beispielhaft mag die Zelle der Attentate auf das Londoner Transportsystem im Juli 2005 stehen, deren Selbstmordattentäter sämtlich in Großbritannien aufgewachsen waren und dort auch ihre maßgebliche Radikalisierung erfahren haben dürften. Sidique Khan, der Führer dieser Zelle, erklärt in seinem Videotestament ⁸, er sei von Usama Bin Laden und Al Zarkawi inspiriert worden. Ganz gleich wie sehr AQ auch an der operativen Durchführung der Anschläge tatsächlich beteiligt gewesen sein mag, diese Worte zeigen, wie sich die Organisation selbst versteht, - als eine auf die Gemeinschaft aller Muslime abzielende inspirierende Kraft. Bin Laden und Zawahiri sehen sich somit vor allem als ideologische Meinungsführer und Impulsgeber ⁹.

Gemessen an dem Anspruch, zum Jihad und damit zu Anschlägen zu inspirieren, ist AQ ein sehr erfolgreiches Unternehmen. Diese Wirkung, insbesondere auf indigene, sog. homegrown-Netzwerke wie das der Londoner Attentäter, aber auch ähnliche Vorfälle aufgedeckter Anschlagplanungen in Kanada oder Dänemark in diesem Jahr zeigen eins:

Aus der „Basis“ – so die wörtliche Übersetzung von AQ, die vor allem logistische Rekrutierungs- und Ausbildungshilfe leistet, ist das ideologische, firmengebende Dach des islamistischen Terrorismus weltweit geworden.

Dabei scheint es paradox, dass die vor allem durch sicherheitsbehördlichen Druck bedingte reale Einengung operativer Möglichkeiten mit einer virtuellen Ausweitung des personellen Potentials und des Aktionsradius einhergeht.

Wenn wir nach den Ursachen hierfür fragen, fällt der Blick auch auf die Videoverlautbarungen der Al Qaida, namentlich Ihrer Protagonisten wie Usama Bin Laden, Ayman Al Zawahiri und den im Sommer dieses Jahres ge-

5 In einer der AQ zugeschriebenen Strategieschrift mit dem Titel „Die Verwaltung der Barbarei“ heißt es „Die Medienstrategie muss stets in der Lage sein, unsere Aktionen rational und religiös zu legitimieren.“ (zitiert nach Abou-Taam, Bigalke, Die Reden des Osama bin Laden, München 2006 S. 219)

6 Roy; Markenzeichen Al-Qaida, Le Monde diplomatique (deutsche Ausgabe) vom 9.10.2004.

7 Erklärung vom 24.01.2007, veröffentlicht am 26.01.2007 auf <http://moonnight9876.com>.

8 Veröffentlicht am 01.09.2005.

9 Nicht zuletzt aus diesem Selbstverständnis leiten sich Erklärungen her, wie die geradezu bevormundend wirkenden öffentlichen Hilfsangebote an die Hamas von UBL (19.01.2006) und Al Zawahiris (4.3.2006) die vom letztgenannten mit der deutlichen Warnung verbunden wurde, durch die Teilnahme am formal demokratischen politischen Prozess die Sache der Palästinenser zu verraten.

töteten Führer der Al Qaida im Irak Abu Musab Al Zarkawi. Diese Botschaften gelangen in Massen über das Internet, arabische Fernsehsender, aber auch über den Vertrieb von DVDs und CDs an Interessierte in aller Welt.

Was macht die eigentliche Attraktivität dieser Videoverlautbarungen unter jungen, zumeist männlichen Muslimen aus? Welche Wirkung entfalten die Botschaften im Westen, - in Europa?

Anhand folgender Thesen möchte ich versuchen darzulegen, warum die Verlautbarungen der AQ eine herausragende Rolle bei der Globalisierung des Jihad spielen. Diese lauten

AQ verwendet einen bestimmten Kanon von Stilmitteln, Bildern und Gleichnissen, aus dem sich die Adressaten im Nahen Osten und im Westen, aufgrund unterschiedlicher Empfängerhorizonte in unterschiedlicher Weise Bedeutungszusammenhänge konstruieren, die letztendlich jedoch sämtlich das Bedürfnis der Teilnahme am gewaltsamen Jihad verstärken, wenn nicht gar hervorrufen.

AQ versucht mittlerweile gezielt die Muslime im Westen, insbesondere reislamisierte junge Männer der zweiten und dritten Einwanderergeneration („born again muslims“) und Konvertiten durch ihre Verlautbarungen zu erreichen.

II. These 1: Videoverlautbarung und Empfängerhorizont

1. Das Grundproblem globaler Propaganda

Betrachten wir die Welt aus dem Blickwinkel eines AQ-Medienstrategen, werden wir feststellen, dass wir vor den gleichen Schwierigkeiten stehen wie jede - sagen wir Werbeabteilung eines globalen Unternehmens. Wir wollen expandieren, Produkte weltweit verkaufen, sehen uns aber einer sehr heterogenen Kundschaft gegenüber. Nicht umsonst wird der Vergleich zwischen der Terrororganisation und Wirtschaftsunternehmen häufig gezogen¹⁰.

Besonders deutlich werden die Schwierigkeiten, denen ein Medienstrategie oder ein Videoregisseur der AQ gegenübersteht anhand der primären Zielgruppe der AQ, der muslimischen Jugend. Diese steht als Wegbereiter eines neuen muslimischen Zeitalters im Fokus der Erklärungen¹¹.

¹⁰ Abou Taam Bigalke, (2006), S. 187 f.; Roy a.a.O. (Fn. 6), der auch von „Franchising“ spricht.

¹¹ In einer der AQ zugeschriebenen Schrift mit dem bezeichnenden Titel „Die Verwaltung der Barbarei“ wird die beabsichtigte Wirkung auf diese Zielgruppe mit den Worten beschrieben „Insbesondere die Jugend wird uns bewundern und sich uns anschließen, wenn sie von unseren heroischen Taten hört“, zitiert nach. Abou-Taam, Bigalke (2006), S. 220

Gerade dieser Adressatenkreis ist jedoch alles andere als homogen. Insbesondere gibt es deutliche Unterschiede zwischen muslimischen Jugendlichen in den Ländern des Nahen Ostens, die z.Zt. noch den Großteil der Rekruten der AQ ausmachen und jenen, die im Westen leben. Neben der Beherrschung des Arabischen sind auch die Kenntnisse der arabischen Kultur bei vielen Muslimen in Europa gegenüber ihren Glaubenbrüdern im arabischen Raum häufig nur rudimentär. Das Hocharabische, das Koranzitat und die Inszenierung von aus der arabischen Erzähltradition stammenden Bildern gehören jedoch zum Standardrepertoire der AQ-Erklärungen.

Beispiel: Sprache

Das Hocharabisch, das von Bin Laden und Al Zawahiri verwendet wird, trägt neben der Schönheit, die den Sprecher adelt auch den Symbolgehalt des kulturellen Erbes und der erstrebten Einheit des arabischen Volkes¹². Gleichzeitig grenzt es, da gewissermaßen als „lingua franca“ aller arabischen Gruppen verwendet, die Sprachgemeinschaft von Sprechern anderer Sprachen ab. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit der Arabischsprechenden erleichtert es wiederum dem Zuhörer, panarabische Ideen, die AQ mittels der Sprache transportiert, zu verinnerlichen.

Beispiel: Koranzitat

In der bekannten „Erklärung der Internationalen Islamischen Front für den heiligen Krieg gegen die Juden und Kreuzfahrer“ vom 23. Februar 1998 wird am Anfang der fünfte Vers der 9. Sure, der Sure vom Bruch zitiert: „Sind aber die heiligen Monate verflossen, so erschlaget die Götzendiener, wo ihr sie findet, und packet sie und belagert sie und lauert sie in jedem Hinterhalt auf“. Dieser sog. „Vers vom Schwert“ hebt für Islamisten kategorisch jeden sonstigen Vers auf, der eine versöhnliche Haltung gegenüber Nichtmuslimen einnimmt¹³. Er markiert gleichsam das Programm der Erklärung, die in dem Aufruf an jeden Muslim gipfelt, Amerikaner und ihre Verbündeten an jedem Ort zu töten und ihre Habe zu plündern. Dass hierbei auch Zivilisten einbezogen werden, ist der islamischen Kriegführung an sich fremd, wird aber über die Sure und die Subsumtion unter den Begriff „Götzendiener“, sprich Ungläubige vorbereitet.

Beispiel: Bilder arabischer Erzähltradition

In der ersten Sequenz eines Videos, das am 7. Oktober 2001 veröffentlicht wurde, sitzt Usama Bin Laden vor einer Höhle. Die Anspielung auf die Höhle,

12 Zur hohen Bedeutung des Arabischen im Zusammenhang mit seiner Funktion als Sprache des Islam siehe etwa Versteegh, Kees, *The Arabic Language*, Edinburg 1997, insbes. S. 226 ff.

13 Zitiert nach: Kepel/Milelli (2006), S. 90. Auf eine weitere interpretatorische Innovation dieser Erklärung wird später noch einzugehen sein.

in der nach muslimischer Überlieferung Mohammed vom Engel Gabriel den Auftrag zur Verkündung des Korans erhielt, weist für jeden Eingeweihten auf das Sendungsbewußtsein des Sprechers hin. Gerade Bin Laden inszeniert sich gerne als den bescheidenen aber kampfeswilligen Führer und weckt Assoziationen an die Ursprünge des Islam. Der Gedanke der „Hijra“, des Auszugs des Propheten aus Mekka, klingt in vielen Bildern, die ihn in karger Umgebung, z.T. zu Pferde, darstellen, an.

In unzähligen Einstellungen von Trainingslagern wird das einfache und ehrenhafte Leben in Zeltlagern geradezu zelebriert. Diese Szenen entsprechen im übrigen weitgehend der Vorstellung der beduinischen Wurzeln vieler Araber. Auf unser „postheroisches“ (Münkler) Lebensgefühl mögen sie merkwürdig unzeitgemäß wirken, in der arabischen Welt sind sie hingegen noch sehr präsent.

Eine solche Geschichte ist das Epos von Antara Ibn Shadad, einem arabischen Volkshelden ursprünglich vorislamischer Zeit, dessen Leben und Taten in der gesamten arabischen Welt bekannt sind. Dieser soll in einer Schlacht 1200 Feinde erschlagen haben. In vielen Schilderungen steht er für Männlichkeit, Ritterlichkeit, Großzügigkeit, Kampf- und Redekunst. Interessanterweise gehörte Antara nach der Erzählung als Sohn eines Arabers und einer Afrikanerin zunächst zu den Unterprivilegierten und errang nur durch diese Tugenden den Aufstieg zum Helden. Von dem 19-jährige Mohammed Mansour Jabarah, der später von AQ für einen Anschlag auf die israelische Botschaft in Singapore rekrutiert wurde, wird berichtet, dass dieser als Kind sämtliche Geschichten von Antara kannte, sich als dieser verkleidete und stolz war, demselben Stamm wie sein Idol anzugehören¹⁴.

Auf Jabarah dürften die allegorischen Darstellungen Usama Bin Ladens wie selbstverständlich wirken, als Demonstration eines Führungsanspruchs in der Tradition großer Helden der arabisch-muslimischen Geschichte. Mehr noch, es ist anzunehmen, dass eine andere, modernere Form der Darstellung, wenn nicht geradezu irritierend so doch zumindest erklärungsbedürftig für ihn sein dürfte¹⁵.

Doch welchen Eindruck hinterlassen diese Bilder, Stil- und Darstellungsmittel auf junge Muslime, die im Westen aufgewachsen, oder gar geboren sind? Wie wirken Szenen von alten Männern, die scheinbar lässig ihr Gewehr im Hintergrund an die Wand gelehnt haben und mit erhobenem Zeigefinger und in langen Passagen den Koran rezitieren¹⁶.

14 Ausführlich zur Biographie Jabarahs: Stewart Bell, *The Martyr's Oath, The apprenticeship of a home-grown terrorist* 2005, S. 13 ff.

15 Zwar hat sich UBL bisweilen auch hinter einem Schreibtisch abbilden lassen, jedoch erklären sich diese Aufnahmen aus dem jeweiligen Inhalt der Verlautbarung. So war seine Botschaft an das amerikanische Volk vom 30. Oktober 2004, kurz vor der amerikanischen Präsidentschaftswahl, gedacht als Präsentation eines Politikers, Kepel/Milelli (2006), S. 129

16 So Zawahiri in verschiedenen Videos, z.B. vom 9.9.2004.

2. Zielgruppe: Muslime im Westen

Allein auf die professionelle Machart der Botschaften zu verweisen, um deren Attraktivität unter radikalisierten westlichen Muslimen zu erklären, kann als Erklärung nicht befriedigen. Kaum verwundert, dass authentische Kampfszenen aus Afghanistan oder dem Irak insbesondere auf das junge männliche Publikum sowohl im Nahen Osten als auch hier im Westen einen besonderen Eindruck hinterlassen. Vielmehr als offensichtliche Parallelen der Wahrnehmung von radikalisierten Muslimen in Europa oder Nordamerika mit ihrer Glaubensgenossen in den arabischen Staaten, in Afghanistan und Pakistan zu suchen, verspricht das Aufzeigen von Charakteristika hiesiger Rekrutierungspotentiale Erklärungserfolge.

Bei den sogenannten Homegrown-Strukturen, die sich vornehmlich aus radikalisierten Personen der zweiten, dritten Einwanderergeneration und aus Konvertiten zusammensetzen, fällt hierbei ins Gewicht, dass deren kultureller Hintergrund zumeist Risse aufweist. Die Bindung an den islamischen Kulturkreis wird hier mehr oder weniger indirekt vermittelt, im Falle der Jugendlichen mit Migrationshintergrund etwa über die ausgewanderten Eltern und Großeltern, die in den Augen ihrer Kinder häufig ihre Assimilationsbemühungen übertrieben haben. Bei den Konvertiten, die bisher in islamistischen Netzwerken aufgefallen sind, stellen wir zwar die unterschiedlichsten Motive für die Konversion und die anschließende Radikalisierung fest, jedoch dürfte unstrittig sein, dass allein schon der durch den Glaubensübertritt einhergehende Biographiebruch den Eintritt in eine Sphäre zwischen zwei Kulturen darstellt. Die psychologischen Effekte eines Lebens ohne eindeutige kulturelle Heimat sind sicher individuell bedingt. Ein gängiges Verhaltensmuster scheint jedoch zu sein, dass junge Muslime in Europa dieses als Defizit wahrnehmen und nicht selten durch eine Überbetonung ihrer islamischen Wurzeln oder, im Fall von Konvertiten, ihres neuen Glaubens zu kompensieren versuchen. Dabei werden vor allem die Aspekte hervorgehoben, die als Abgrenzung zum westlichen Weltbild und zur Mehrheitsgesellschaft geeignet sind. Das AQ-Verständnis des Jihad gehört zweifellos hierzu. Hinzu kommt, dass gerade bei Konvertiten, die in islamistischen Terrornetzwerken auffielen, wie etwa Colvin Reid, den sogenannten Schuhbomber, der im Dezember 2001 einen Passagierflugzeug auf dem Weg in die USA in die Luft sprengen wollte, ein innerer Drang, seinen Glauben beweisen zu müssen, festzustellen ist.

Ein weiteres Kennzeichen der Adressaten der Verlautbarungen im Westen ist damit bereits angesprochen; das Verständnis des Islam als Mittel der indi-

viduellen Selbstverwirklichung. Bei radikalisierten Konvertiten lässt sich nicht immer, aber doch häufig beobachten, dass der kollektive Glaube hinter die Suche nach persönlicher Identität zurücktritt. Nahezu ausnahmslos stellen wir indes in den bekannten indigenen (homegrown-)Netzwerken und Zellen in Westeuropa und Nordamerika eine Patchwork-Ideologie fest, die Bruchstücke verschiedener radikaler Strömungen, z.B. Takfir W'al Hijra oder Al Qaida und Gedanken von Jihad-Vordenkern wie Azzam¹⁷, Al Suri¹⁸, Al Zawahiri, Bin Laden u.a. zu einem diffusen Ideologiegeflecht verknüpft. Die vermeintlich glaubensgerechte Lebensführung wird hingegen zur persönlichen Mission, wenn nicht gar zur Obsession. Es geht nicht so sehr um eine Privatisierung einer religiösen Überzeugung, da lediglich oberflächlich Versatzstücke des islamischen Glaubens und extremistischen Gedankenguts kombiniert werden, sondern um deren Ausübung als Ausdruck einer eigenen Identität¹⁹. Damit wird das einzelne Mitglied einer Terrorzelle aufgewertet, wenn es sich auch vordergründig einem gemeinsamem Ziel verschreibt.

Der Empfängerhorizont der aus sicherheitsbehördlicher Sicht kritischen (explosiven) Masse des westlichen Publikums der AQ-Veröffentlichungen zeichnet sich demnach durch zwei Faktoren aus:

- die innere kulturelle Zerrissenheit, die durch Überbetonung islamischer Wurzeln und – damit einhergehend – einer erhöhten Empfindlichkeit gegenüber Kritik am Islam gekennzeichnet ist sowie
- die individuelle Deutungshoheit ideologisch-religiöser Vorgaben, die letztendlich bis zur Vereinzelnung eines autodidaktisch motivierten Täters führen kann.

3. Die Dramaturgie der Botschaften

Diese beiden Faktoren können dazu führen, dass eine Internetbotschaft, die Bin Laden und das Leben der Mujahedin idealisiert darstellt, bei einem jungen Muslimen in Deutschland möglicherweise stärkere Reaktionen auslöst als auf einen in Saudi Arabien oder Kuwait lebenden Gleichaltrigen, der zwar die Botschaft sprachlich und in ihrem kulturellen Kontext besser verstehen mag, dies anderen und sich selbst jedoch nicht erst beweisen muss.

Obwohl die Stilmittel der Botschaften von weiten Teilen junger Muslime im Westen in ihrer originären Bedeutung nicht vollständig erfasst werden, erfüllen sie doch ihren Zweck – die Motivierung zur Teilnahme am gewaltsa-

17 Von AZZAM stammt das Konzept des Jihad als individuelle Pflicht eines Muslim, siehe etwa Abdullah AZZAM, *Join the Caravan*. London: Azzam Publications, 2nd edition, 2001

18 Mustafa Setmariam NASAR, alias Abu Musab Al-SURI, Al Qaida –Ideologe, zu ihm Murad al Shishani, „Abu Musab al-Suri and the Third Generation of Salafi-Jihadists“, *Terrorism Monitor*, August 11, 2005

19 Siehe auch Roy, *Globalized Islam*, New York (2004), S. 4 ff, 185 ff., der den Islam als Religion zunehmend dem Einfluss westliche Formen von Religiosität ausgesetzt sieht.

men Jihad. Wenngleich die professionelle und zielgruppengerechte Aufmachung dieser Videos mit Darstellung von Kampfszenen und geschickten Schnitttechniken hierbei sicher eine wichtige Rolle spielt – hierauf wird noch einzugehen sein, - liegt der tiefere Grund wohl darin, dass sie eine auch für viele Muslime im Westen glaubhafte „Geschichte“ erzählen. In der Tat fällt auf, dass die Videoverlautbarungen in Dramaturgie und Themenkanon bestimmte, immer wiederkehrende Muster aufweisen, die auf ein Leitmotiv weisen: „Das heldenhafte Aufbegehren gegen eine vermeintliche, erniedrigende Ungerechtigkeit“. Diese Metaerzählung baut auf zwei Grundannahmen auf: Zum einen setzt sie voraus, dass die Muslime seit den Zeiten des Propheten in der Defensive sind und die „Allianz der Kreuzfahrer“ der Jetztzeit von den USA angeführt wird. Zum zweiten weist sie aber auf die Figur des „Helden“, der einsam für die Wahrheit und Reinheit eintritt. In diesem Archetyp vereint sich arabische Erzähltradition, die – siehe Antara - den Helden bis ins Mythische verklärt, mit einem Vertrauen in die Kraft und das Vermögen des Einzelnen, wie wir sie eigentlich vornehmlich aus dem westlichen Kulturkreis kennen.

Diese Zweiteilung entspricht dem bipolaren Weltbild der AQ, das nur Gut und Böse, wahren Islam und Häresie kennt. Dabei trägt das Gute durch die negative Belegung allen Irdischen apokalyptische Züge, die durch die Höchststufe des Helden - den Märtyrer - verkörpert werden²⁰.

Die Attraktivität der Videobotschaften unter Muslimen im Westen resultiert aus der Übertragbarkeit dieses Leitmotivs auf deren spezielle soeben skizzierte Wahrnehmung der eigenen Lebenssituation.

Der Westen als „das Böse“ – die Darstellung des empörenden Unrechts

Das erste Motiv, - tatsächlich taucht es in der Regie der Videos regelmäßig als erste Szene auf -, ist die vermeintliche Unterdrückung bzw. Erniedrigung der Muslime durch den Westen. Erschütternde Bilder von Greuelthaten und durch Gewalt verursachtes Leid werden dem Betrachter mit der Behauptung vorgehalten, diese bewiesen das Böse des Westens und der als Apostaten bezeichneten Regime im arabischen Raum. Die Bilder etwa der Tötung des vergeblich hinter einem Hausvorsprung Deckung suchenden kleinen Muhammad al Durra durch israelische Soldaten im Jahr 2000, die nicht nur in AQ-Videos gezeigt wurden, sondern auch im Internet eine enorme Resonanz hervorriefen²¹, wirken vielleicht auf einen jungen Palästinenser im Gazastreifen in Einzelheiten anders als auf einen Deutschen tunesischer Abstammung, dessen Familie seit zwei Generationen in Deutschland lebt. Der

20 vgl. Rohan Gunaratna, *Al Qaeda`s Ideology* (2005) S. 59, 62 ff.

21 Die Filmaufnahmen wurden sofort nach Erscheinen in e-mailing-lists, eigenen websites und aufgrund der enormen Resonanz wiederum in den Printmedien und Fernsehsendern ausgestrahlt; hierzu Gary R. Bunt; *Islam in the Digital Age* (2006), S. 12.

Gesamteindruck der Bilder kann jedoch den Zuschauer in Deutschland nicht minder traumatisieren als seinen Glaubensbruder in Gaza, der den Vorfall vielleicht sogar selbst miterlebt hat.

Diese sekundäre Traumatisierung²² durch Gewaltbilder wird von AQ gezielt genutzt. Verstümmelte Leichen, weinende Frauen und Kinder sind mit entsprechenden Erklärungen und Musikuntermalung erkennbar darauf ausgerichtet, den Hass des Zuschauers zu schüren.

AQ versucht kontinuierlich die bestehenden Ressentiments in der islamischen Welt gegenüber dem Westen aufzugreifen. Dabei wird der Eindruck hervorgerufen, es handle sich um eine Weltverschwörung, die den Muslimen ihre angestammten Rechte streitig macht. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, welchen Eindruck solche Bilder auf einen Muslim hinterlassen, der sich in Europa zwar in anderer Form, aber dennoch selbst als unterdrückt wahrnimmt und seine islamischen Wurzeln wiederentdeckt. Er wird sich zum Handeln aufgerufen fühlen.

Der Mujahedin als „das Gute“ – die Inszenierung des Helden

Nachdem das Feindbild feststeht, erfolgt nunmehr in den Videos die Inszenierung des Helden als das personifizierte Gute. Wiederum verbal und häufig mit Kampfgesängen musikalisch untermalt werden die Mujahedin als Avantgarde der Ummah in Szene gesetzt, die die Muslime von westlicher Vormundschaft, Ausbeutung und Erniedrigung befreit. Ob es sich um Trainingsszenen, Darstellungen des sonstigen Alltags in den Ausbildungslagern, Kampfgeschehen oder Testamente von Selbstmordattentätern handelt, stets wird das reine, selbstlose und aufopferungswillige Streben dieser jungen Männer betont, die ihrem Leben erst durch den Jihad einen Sinn gegeben hätten. Nicht zuletzt wird auch die Einsamkeit dieser vermeintlichen Helden betont. Die Rekruten werden damit vorbereitet, im jetzigen Leben unverstanden zu bleiben, - in einer feindlichen Umwelt auf sich gestellt zu sein. Neben dem konspirativen Nutzen einer solchen Einstellung, entspricht dieses Gefühl aber auch durchaus dem Empfinden vieler Muslime im Westen. Jenseits aller positiven Assoziationen einer Lagerfeuerromantik und der Beschwörung einer nahezu ritterlich wirkenden Gemeinschaft bergen solche Bilder das Potential einer Selbsttheroisierung allein durch die virtuelle Solidarität mit einer angeblichen Elite, die vorgibt, für Gerechtigkeit zu kämpfen. Diese virtuelle Solidarität ist der erste Schritt einer Radikalisierung, die bis zum Einsatz im Irak oder zum Anschlagversuch in Europa führen kann. Als höchste Stufe auf dieser Heldenleiter gilt der Märtyrer, der sein Leben opfert,

22 Zum Begriff der „sekundären Traumatisierung“ s. Rona M. Fields, Salman Elbedow, Fadel Abu Hein, The Palestinian Suicide Bomber, in: C.E. Stout (Ed.), The Psychology of Terrorism: Clinical Aspects and Responses (Vol. II, pp. 193-223), Westport (2002).

sei es im Kampf oder – was für AQ keinen Unterschied macht – als Selbstmordattentäter.

Nicht nur bei der Rechtfertigung des Selbstmordattentats als legitimes Mittel der Kriegführung betritt AQ ideologisch schwieriges Terrain. Vielmehr ist bereits die Grundprämisse, ohne die diese Idealisierung des Einzelnen meines Erachtens nicht möglich wäre, eine singuläre Erscheinung des islamistischen Terrorismus: Die Umdeutung des Begriffs des Jihad von einer kollektiven Pflicht (fard kifaya) zu einer persönlichen, individuellen (fard'ayn)²³. Nichts anderes kommt in der bereits vorgestellten Erklärung vom 23. Februar 1998 zum Ausdruck, in der das Töten von Amerikanern jedem Muslim als persönliche Pflicht auferlegt wird. Mit dieser Parole versieht AQ über das Internet und andere moderne Medien jeden Muslim, der dazu imstande ist und trifft damit auch im Westen ein Personenpotential, das willig ist, dies als persönliche Mission zur eigenen Läuterung zu verstehen und sich einer vermeintlichen Elite zugehörig zu fühlen.

Faszinosum Gewalt

Während AQ-Erklärungen von Usama bin Laden oder Al Zawahiri damit bei vielen muslimischen Jugendlichen das Bedürfnis nach heroischer Sinnggebung befriedigen, bedienen die bestialisches Enthauptungsvideos eines Al Zarqawi²⁴ einen anderen Impuls, - eine Faszination für Gewalt an sich. In der westlichen Gesellschaft tabuisiert, erhalten diese Bilder in der hiesigen islamistischen Szene nicht zuletzt gerade aus diesem Grund Beifall, um nicht zu sagen Kultstatus. Ihre Brutalität erst macht sie interessant, der Nervenkitzel beim Zuschauen gilt als Ausdruck eigener Härte. Demgegenüber rücken die im Nahen Osten dominierenden Konnotationen des Schächstens und damit das archaische Verständnis einer kollektiven Erniedrigung des amerikanischen Volkes durch die Gleichstufung eines US-Staatsangehörigen mit einem Tier in den Hintergrund. Al Zarqawi erreichte durch diese Videos einen Grad an Popularität, der ihn in gewissen Kreisen sogar als die dominierende Figur des islamistischen Terrorismus erscheinen ließ, obwohl seine tatsächliche Bedeutung damit deutlich überschätzt wurde.

Interessanterweise zeigte sich Al Zarqawi am 21. April dieses Jahres, kurz vor seinem Tod, das erste und einzige Mal offen - und in Farbe - in einem Video im Kreise seiner Getreuen. Die Reaktionen auf diese Botschaft waren in islamistischen Kreisen geradezu euphorisch und – sogar in ihm bis dato reservierten Gruppen häufig positiv. Ob mit diesem Video ein Imagewechsel Zarqawis, des „Emirs aller Schlächter“, so sein in den Jihad-Foren kolportierter

23 Siehe hierzu Fn. 17. Zu erwähnen ist hierbei insbesondere die von Abd al-Salam Al-Faraj verfasste Schrift "al-Farida al-gha'iba" ("Die nicht erfüllte Pflicht" oder auch "Die nicht erfüllte Glaubenspflicht"), die in weiten islamistischen Kreisen großen Einfluss hat.

24 Etwa das am 11. Mai 2004 veröffentlichte Video der Enthauptung des US-Amerikaners Nicholas Berg.

Titel, eingeleitet werden sollte, lässt sich aufgrund seines Todes nicht mehr sagen²⁵.

Festzuhalten bleibt, dass die Verlautbarungen der AQ allein schon durch den beschriebenen Themenkanon nicht nur auf Muslime im Nahen Osten, sondern auch bei ihren Glaubensbrüdern und –schwestern hier im Westen eine radikalisierende Wirkung entfalten können.

III. These 2: Propaganda-Offensive der AQ in Richtung Westen?

Diese Wirkung ist von AQ offensichtlich erkannt worden, darauf deuten verschiedene Anzeichen hin.

Zunächst fällt auf, dass die Erklärungen immer häufiger direkt über das Internet und nicht über arabischsprachige Fernsehsender wie etwa Al Dschasira (erst) veröffentlicht werden. Die praktischen Vorteile der Betätigung der Enter-Taste gegenüber dem Versenden per mehrerer Kuriere, womöglich aus dem afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet nach Katar und die Gewähr, die gesamte Botschaft, nicht nur von der Fernsehredaktion ausgewählte Ausschnitte präsentieren zu können, liegen hierbei auf der Hand. Ebenso dürfte jedoch eine Rolle spielen, dass der bei weitem größte Anteil von Internetnutzern weltweit bislang noch im Westen, vor allem in den USA besteht. Die arabische Welt liegt im Vergleich hierzu immer noch zurück²⁶.

Hinzu kommt, dass die Videos sowohl im Inhalt als auch in ihrer Erscheinungsform immer deutlicher auch auf westliche, insbesondere junge Adressatenkreise zugeschnitten sind. Das Design und die Technik der Videos wird immer professioneller. Ganz entscheidend für die Breitenwirkung dürfte aber der Einsatz von Untertiteln in englischer Sprache sein. In Erklärungen, wie der zum Jahrestag der Anschläge von London am 7. Juli 2006, werden Muslime im Westen sogar direkt zum Widerstand aufgerufen. In dem genannten Video kommt in einem reportageähnlichen Zusammenschnitt von Computersimulationen und Bildern des Anschlags sowie Erklärungen von AQ-Führern, ein weiterer Attentäter, Sheezad Tanwer posthum zu Wort.

25 Festzuhalten ist allerdings, dass Zarqawi sich auch in seiner strategischen und ideologischen Ausrichtung in verschiedener Hinsicht von Kern-AQ, um Zawahiri und Bin Laden unterscheidet. Dies betrifft etwa seine Konzentration auf den „nahen Feind“, die Machthaber in den arabischen Staaten, insbesondere in Jordanien und den Irak, die er als Apostaten betrachtet, während Bin Laden den „fernen Feind“, die USA als Hauptfeind attackiert. Hierzu: Brian Fisher, Zarqawi`s Jihad, CTC Working Paper, April 2, 2006, S. 4 f.

26 – laut Entwicklungsreport der Vereinten Nationen von 2001 6,7 % gegenüber 54,3 % der weltweiten Zugänge in den USA, zitiert bei Gary R. Bunt, Islam in the Digital Age – E-Jihad, Online Fatwas and Cyber Islamic Environments S. 9. –

Nach dem für unsere Ohren apokalyptisch anmutendem Satz „We love death the way you love life“ gipfelt die Erklärung darin, dass Tanwer die Muslime in Großbritannien auffordert, endlich etwas gegen die Unterdrückung, die sie tagtäglich im Fernsehen zu Gesicht bekämen, zu unternehmen, um wahre, würdige Muslime vor Allah zu werden.

Ein weiteres Beispiel für diese zielgruppenorientierte Herangehensweise ist ein Video, das am 2. September 2006 im Internet von der Produktionsgesellschaft der AQ „As Sahab“ erstveröffentlicht wurde und dessen Titel „An Invitation to Islam“ Pate für den Untertitel dieses Vortrags stand. In ihm kommen Al Zawahiri und der bereits durch andere Erklärungen bekannte US-Amerikaner Adam Gadahn, alias Azzam al Americi zu Wort. In betont friedvollem Ton, in weißer Tracht und vor zivilem Hintergrund spricht vor allem der Konvertit seine Landsleute an und versucht über 48 Minuten lang, die Widersprüche und Verwerflichkeit der amerikanischen Politik und Lebensweise darzulegen. Neben der bezweckten Demoralisierung geht es hier darum, Sympathien für die Sache der AQ unter Amerikanern zu wecken.

Auch deutschsprachige Islamisten, die weder des Arabischen noch des Englischen mächtig sind, müssen mittlerweile nicht mehr auf derlei Inspiration verzichten. Seit Mitte dieses Jahres besteht die Möglichkeit über eine Internetseite, die sich Global Islamic Media Front (GIMF) - deutsche Sektion bezeichnet, Übersetzungen mit entsprechenden fachkundigen Kommentaren und Erläuterungen herunterzuladen²⁷.

Das heißt, wir müssen davon ausgehen, dass auch in Deutschland die Propaganda-Offensive der AQ angekommen ist...

IV. Schluß

Die radikalisierende Wirkung der Videoverlautbarungen der Terrororganisation Al-Qaida auf hier lebende junge reislamisierte oder konvertierte Muslime darf nicht unterschätzt werden. Sowohl das Selbstverständnis als Inspirator des Global Jihad als auch strategische Überlegungen der AQ²⁸ sprechen darüber hinaus jedoch dafür, dass sie sich bewusst dem westlichen Rekrutierungspotential stärker widmen wird. Die Gefahren einer solchen Propagandaoffensive müssen ernst genommen werden, denn sie stellen eine ernstgemeinte Einladung zum Terror dar.

27 Am 28.03.2006 veröffentlichte diese über ihre Weblog-Seite (gimf1.worldpress.com) eine 17-seitiges pdf_Dokument mit der deutsche Übersetzung des Gadahn-Videos „An Invitation to Islam“ aus September des Vorjahres. Zur GIMF allgemein siehe etwa: Yassin Musharbash, Die Neue Al-Qaida, Innenansichten eines lernenden Terrornetzwerkes, Köln 2006, S. 132 ff.

28 Das strategische Hauptziel ist demnach die Ausdehnung des Konfliktes, um die westlichen Sicherheitskräfte zu zwingen, an mehreren Fronten zu kämpfen und sie dadurch zu schwächen. Siehe hierzu zusammenfassend Stephen Ulph, „New Online Book Lays Out al-Qaeda`s Military Strategy, in Terrorism Monitor, April 11, 2005, s.a. Michael Scheuer, „Coalition Warfare: How al-Qa`ida Uses the World Islamic Front Against Crusaders and Jes, „ Part 1, Terrorism Focus, March 31, 2005.

Danish Security Intelligence Service (PET)

The Cartoon Crisis

Ladies and Gentlemen,

Thank you very much for the opportunity to come and speak here today and for the very interesting papers we have heard so far.

The subject of this paper is how the twelve cartoons of the prophet Mohammed, published in a Danish newspaper in September 2005, led to a crisis that in Denmark has been referred to as the largest diplomatic crisis since the Second World War.

It was a diplomatic crisis and to some extent still is, but it has many more aspects than the diplomatic one – politically, socially, and security-wise. The Cartoon Crisis has probably provoked stronger reactions and got more international coverage than Denmark's participation in the Coalition Forces in Afghanistan or Iraq has.

This might seem extraordinary to many people in the West – after all it is about cartoons – but with these cartoons Denmark was effectively placed on the map and gained a lot of unwanted publicity. The cartoons and the reactions to them have been covered in medias all over the world and have been discussed at conferences, meetings, and among people everywhere.

The burning of Danish flags, the attacks on and burning of embassies, the threats, and the violent demonstrations, which during the crisis led to more than a hundred deaths, will be remembered for a very long time.

The question is why these cartoons got to have such a big effect. There is no single answer to this question. The answer you get depends very much on whom you ask and where your focus lies. Many players and many factors were involved.

One thing is certain: Images have a very strong appeal and can easily be used and related to by many different people for various different reasons. They can also be understood and used regardless of language. The Cartoon Crisis has been used by a lot of people. The cartoons might have been the starting point, but they have also served as a pretext for many people, who have used them for something bigger, a wider agenda.

The cartoons and the reactions they have caused have become part of various

different agendas. Extremists have used the crisis to mobilize support, but they have done so within a wider context of general reaction.

We will look at the Cartoon Crisis, the way it started, the way it developed, and then come to the discussion of its instrumentalisation by different groups.

The cartoons were published on September 30 in 2005 by the Danish newspaper, Jyllands-Posten. A Danish writer had said that he had difficulties finding illustrators for a book he was going to publish about the prophet Mohammed. This was the starting point for the newspaper that wanted to appeal to people, to say that we should not be afraid to depict a prophet and that muslims should be ready to live within the same framework and accept the same rules and circumstances as everybody else. According to the paper, this includes the acceptance of scorn, insult, and mockery as well.

From the beginning, the cartoons gained a lot of attention and provoked a lot of anger as well. However, during the month of October 2005 the reactions were mainly peaceful, although there were threats voiced already then.

Apart from the threats, most of the other demonstrations in reaction to the cartoons in October 2005 were quite peaceful. In Denmark more than 3.000 people from various different groups gathered at the main square – Muslim and Non-Muslim. The focus or message of their demonstration was basically tolerance and respect, that is, that we should be able to live together peacefully and respectfully without insulting each other.

October 2005 was also the month when 11 ambassadors in Denmark – ambassadors from Muslim or Arab countries – sent a letter to the Danish Prime Minister, where they drew his attention to what they called a smear campaign against Muslims. They asked him to take all responsible to task under the law of the land. That phrase has been the subject of a lot of controversy and discussion. What the Prime Minister understood was that the ambassadors asked him to take legal action against the paper, that is, to intervene. Others understood that the ambassadors merely asked him to distance himself from the publishing of the cartoons. The Prime Minister declined to meet the ambassadors to discuss the matter. He referred to the freedom of the press and the freedom of expression, neither of which were up for discussion. The ambassadors and the countries they represented saw this refusal as a lack of respect and as one of the main reasons for the intensification of the crisis. There have been a lot of misunderstandings concerning this letter. It came to play a very important part in the internationalisation of the crisis, which had been largely national in the beginning, but now gradually came to involve a lot of

international players as well.

The Egyptian ambassador in Denmark had been very active in trying to get the attention of the Danish Prime Minister. Now the scope of the crisis was widened and international players were drawn into it as well. The Egyptian Foreign Minister appealed to the Organisation of the Islamic Conference, the Arab League, the United Nations, and the European Union as well to get them involved in reaction to the insult he felt that Danish Muslims had suffered.

The media coverage, of course, became more intense with the involvement, the criticism, and the condemnations from more and more people. The Egyptian ambassador was one, but there were many more people on the international scene, who began to focus on what the cartoons were about and how they felt about them.

One important factor – but definitely not the only one – was two delegations of Danish Muslims going to the Middle East – one to Egypt, the other to Lebanon. Especially the one going to Egypt had a lot of high-level meetings. Its members met with Amr Moussa from the Arab League, the Egyptian Foreign Ministry, and the leader of Al-Azhar in Cairo. They brought a folder with all the cartoons – and also other cartoons, not published in the Danish paper, which they found provocative and insulting to Islam as well. This folder became part of the wider discourse around the whole Cartoon Case. Some people criticised the delegation and saw its members as traitors wanting to make matters worse by turning a national crisis into an international one – and criticised them for including cartoons not even published in the paper in question and thereby blurring the issue further. The delegation said it had not been its intention to intensify the crisis, but rather the opposite.

At the same time as these international players were drawn into the situation, the threats on the Internet intensified. More and more chatrooms got involved. Also chatrooms, in which the matter had not been discussed much in early October, became involved in November and December 2005. It was a very hot topic and step by step it became the main story in a lot of newspapers and chatrooms.

The threats became more and more real and concrete as well. Rewards were offered to those who could kill the cartoonists. Some of those threats came from Pakistan, some of them appeared on the Internet and were therefore more difficult to pin-down exactly geographically.

In early 2006, that is three-four months after the cartoons were actually published, the Cartoon Crisis reached its climax. The events in January and Fe-

bruary 2006 included the burning down of embassies in Syria and Lebanon and demonstrations all over the world. The demonstrations in Denmark continued to be relatively peaceful, but in London, for instance, they witnessed a lot of violence and very violent messages. If we look at other parts of the world, the demonstrations got very intense and violent. More than a hundred people were killed – often in places already plagued by violence, like Nigeria and Afghanistan. Pakistan and other countries witnessed very violent demonstrations as well.

The media coverage got more and more intense with the increasing violence.

A lot of people ask why we witnessed this escalation in early 2006, when the cartoons were published already on 30 September 2005. Why did it happen at that stage? The answer to this question depends a lot on whom you ask.

Some put the main blame on the paper publishing the cartoons in the first place, saying that this had nothing to do with the freedom of expression and was an unnecessary insult to a large group of people.

Some blame the Muslim delegations going to the Middle East, saying that they played a huge part in bringing the crisis to an international level, and that they were actually a main cause of the escalation of the crisis. A lot of other people say that this focus on the imams and delegations is exaggerated and that the reason for the escalation should be found elsewhere.

Some blame the Danish government for not dealing with the Muslims in a proper way, for instance, by refusing to meet the 11 ambassadors.

Some blame the Arab governments for using the crisis for something else – maybe for shifting the focus away from own domestic problems.

Some have blamed the media for making matters worse through their extensive coverage of the crisis and their focus on violent demonstrations, rather than on the essence and discussion of the issue.

Some blame the radicals among the Muslims for using the crisis, which they certainly did. The cartoons – which angered so many Muslims, moderates as well as radicals – constituted a very useful way of radicalising people further, of mobilizing support against “the western ways”. The cartoons turned into something much more than cartoons. They were used as an example or a symbol of what the western world does to Muslims. Radicals or extremists definitely used the feeling of insult, anger, and hurt among Muslims as a mobilizing tool to get people involved, to get Muslims radicalised.

There were rumours on both sides – rumours about what had happened and what was going to happen. For instance, rumours flourished of Koran burnings in Denmark. They never took place, but chain sms'es nevertheless managed to anger a lot of Muslims in Denmark and abroad about the issue. On the other side, rumours of Muslims burning their Danish passports in contempt spread among and angered certain Danes. This never happened either, but still had an effect on the general atmosphere and discourse.

No single player or factor can explain the escalation of the crisis. There have been a lot of different players involved, who have dealt with and used the crisis and the cartoons differently. It is very important that we take all these factors and players into consideration and do not give monocausal explanations to a very complex development.

The crisis affected many different levels. As already mentioned, it was considered one of the largest, maybe the largest, diplomatic crisis since the Second World War by some. But it was also a political crisis and a financial crisis that meant a lot to Danish business with the Middle East and still to some extent does. It was also a social crisis and a cultural crisis, involving a lot of people and having considerable impact on the discussion and views on integration in Denmark as well. Finally, the increased – and very negative – focus on Denmark, of course, had a strong security aspect.

Among the Muslim population both radicals or extremists and moderates felt insulted by the cartoons and the crisis that followed, but they, of course, had very different ways of reacting. A lot of Muslims gave expression to their hurt feelings and anger through discussion – about how to treat each other, about how to live together peacefully. Others reacted in less positive ways. They withdrew, acted with a lot of anger or with violence or plans of violence.

The crisis was used as a way of positioning oneself by some people. It was definitely used as part of power struggles within some Muslim communities. By showing how to deal with the crisis, by positioning oneself, some people tried to get more power and to appeal to more people that way.

The seed had been planted that Islam was not respected in Denmark, and this view was used on different levels. There was a quite strong polarization; a feeling of us versus them; a feeling among many Muslims of marginalization; a feeling of anger not to belong and not to be taken seriously. More radical Muslims could capitalize on or use these widespread feelings of alienation, marginalization, and frustration. The Cartoon Crisis definitely could be used – and was used – as a way for radical Muslims to appeal to more moderate Mus-

lims, saying that “this is the way we are treated by the western world; this is how little respect they have for us, and therefore we should have no respect for them either and act accordingly”. In this way you can say that the Cartoon Crisis for some people worked as a radicalizing or mobilizing tool and could easily be used as a pretext for creating further polarisation. Taking this a step further, the crisis could form the basis for recruitment either to more radical Islam or even to violent acts. There were a lot of threats and incitements to violence on the Internet, and thus the cartoons gave radical Muslims another reason to point at the western world, insisting that it is not enough just to feel angry: One has to do something about it to make the West – in this case Denmark – understand the seriousness of things.

The Internet was used a lot in that way by appealing to people, showing photos, and using the Cartoon Crisis in a wider context as a symbol of the views of the West. An example of the use of the Cartoon Crisis as a pretext was the failed attacks here in Germany in late July 2006, where – as far as I know – at least one of the two people arrested for the attack said that the Cartoon Crisis actually was part of the reason why he did this. It was his anger of the way the western world treated Muslims – and the Cartoon Crisis was the symbol of that.

But not just on the Muslim side, but also on the far right, the Cartoon Crisis served as an strengthening of an “us versus them” approach. Pictures of Muslims burning the Danish flag, burning down embassies and threatening to kill people to revenge the insult to the prophet fed well into an anti-immigration policy and a general scepticism of Islam. The far right wing could thus present itself as protection of liberal western values against violent Islam.

Even though there was a lot of heated discussion in extremist right winged chat rooms, very few people showed up at their demonstrations, and these demonstrations remained non-violent. Sms'es encouraging the burning of Korans were sent out, but the leaders of the extremist right winged movements distanced themselves from them, saying that they did not want to react in the same primitive way as the violent Muslims. Who actually sent out the messages and for what purpose remain unclear.

If we look at the left wing, the argument is less clear-cut. There were demonstrations, but these demonstrations were mainly against the right wing, against the government for the way it dealt with the crisis, and against the paper that published the cartoons. In the media there was a lot of discussion about religious tolerance, about the freedom of expression, about whether cartoons like these should be published or whether the media should avoid

publishing things of that kind because of the unnecessary hurt they cause.

If we look at the threats and instigations to violence, there was a peak in January and February 2006. We saw a lot of them on the Internet and in other places as well. One of the early really high-profiled ones came from Jemaat e-Islami in Pakistan, who already in December 2005 offered a reward of what would be 50.000 Danish Crowns. Later the Mujahedin in Iraq encouraged boycott of Danish products and attacks on anything Danish. So even in Iraq – where there are plenty of other grievances to deal with – references were made to the cartoons. The Taleban offered a reward of a hundred kilos of gold, and in Indonesia it was claimed that a lot of suicide bombers were ready to go to Denmark and they encouraged more people to join them. Just to mention a few examples.

From Al-Qaida came one message from Usama Bin Laden and another from Ayman al-Zawahiri. These threats were actually a bit more indirect. They mentioned boycott and remitting the cartoonists to Al-Qaida. It was quite obvious what Al-Qaida was going to do with them when they got their hands on them, but they did not directly talk about killing the cartoonists, the way we saw in a lot of other threats and instigations.

Finally, there were the threats from individuals. We often focus a lot on big organisations, but what we probably feared most – especially in the beginning – were attacks or attempted attacks from individuals.

When it comes to threat assessment, February 2006 was the busiest month. It had to be assessed which threats seemed real, which ones we should take most seriously and focus on, and which threats were actually more a question of positioning oneself as a hardcore islamist. It was obvious that a lot of the extremist organisations and individuals used this as a way of showing what they stood for. Not all of them were real and actual threats.

This, however, does not mean that these kinds of threats were not important. They can still have played an important role in inspiring and encouraging other people to act. We saw both direct threats and more indirect threats that could serve as inspiration or instigation to other people.

The number of threats against Denmark on the Internet has gone down, but that does not mean that the actual threat has gone. Denmark has been placed on the map, and the attention span of the people we focus on is generally a lot longer than that of the media in the West. People here might forget this and not think so much about it any more, but it has to be remembered that a really good planned high tech attack takes a lot of time to actually materialize

- which means that we still have to take this very seriously. The cartoons in themselves are maybe not that important anymore, but the discussions they started and the focus they put on Denmark are definitely still important for us and our work.

The Cartoon Crisis at this stage is not so important in itself, but what is important is the consequences it has had: The way that it has put focus on Denmark – to an extent that we are definitely not used – and the way it might have served as a radicalising force for a lot of people in Denmark and abroad and as a pretext and inspiration for further aggressive action against the West.

Of course our focus now is on the future. We have to understand what happened and why people reacted the way they did to the crisis. But we have to look ahead as well. As mentioned, the attention span of very radical and militant Muslims and extremists is generally a lot longer than ours. They refer far back in history and some of them are willing to die for their cause and to wait as long as it takes for the right moment. This is definitely a crisis that will not be forgotten in the Muslim communities. And that is why we cannot – and should not – forget it either.

Thank you very much for your attention.

Guido Selzner, M.A. Bundesamt für Verfassungsschutz

Trommler ohne Widerhall? Die Medienstrategie rechtsextremistischer Parteien

Vorbemerkung:

Aus dem Kreis der mit Innerer Sicherheit befassten Journalisten stammt eine Anekdote, die von der Begegnung zwischen Pressevertretern und NPD - Pressearbeit handelt:

Er hatte einen NPD - Bundesparteitag aufgesucht, wo ihm gleich nach Betreten der Örtlichkeit ein Platz auf der Pressebühne zugewiesen wurde. Nach der auch an die Journalisten gerichteten Begrüßung, die gerade für die berichtende Zunft einige Verhaltenshinweise enthielt, verflachte die Veranstaltung in dort üblicher Parteirhetorik. Ein wenig Langeweile breitete sich unter den Journalisten aus, so dass sich besagter Kollege veranlasst sah, das Presseareal zu verlassen, um sich ein Stockwerk tiefer - in der Eingangshalle - die dort aufgestellten Plakatwände und Infotische anzuschauen. Hier blieb er allerdings nicht lange unentdeckt. Ein NPD-Ordner kam auf ihn zu, befragte ihn, warum er denn die Pressebühne verlassen habe und beschied ihn auf dessen unbefangene Antwort, er nehme gerade das hier offerierte Informationsangebot der Partei zu Kenntnis, mit der harschen Zurechtweisung: "Wohl noch nie etwas von Befehl und Gehorsam gehört?"

Diese in der Tat - eher befremdlich/komische Episode - macht im Kern deutlich, welche Rolle die Vertreter extremistischer Ideen einer freien unabhängigen Presse zuerkennen: Fairness und Ausgewogenheit in der Berichterstattung gelten nur dann als Prinzipien, wenn man sie für sich einfordern kann - nicht aber, wenn man selbst den Grundstatuten der freien Meinungsäußerung entsprechen muss.

Dass sich diese Haltung bis heute kaum gewandelt hat, belegen die aktuellen Klagen des Deutschen Journalistenverbandes über die Einschränkung der Medienberichterstattung anlässlich des letzten Bundesparteitags der NPD in Berlin. Auch hier wurde die Presse gemaßregelt und von zentralen Parteiberatungen - insbesondere jene über den Finanzbericht - und von der Wahl des Bundesvorsitzenden ausgeschlossen. Ein Vorgang, der den Deutschen Journalistenverband zu heftigen Protesten veranlasste.

1. Einleitung

Die nachfolgenden Überlegungen widmen sich also der Frage: Welche Strategien haben NPD und mit ihr das rechtsextremistische Parteienlager insgesamt entwickelt und wie erfolgreich sind sie, um im Zeitalter der Informationsgesellschaft ihre Botschaft zu vermitteln. Diese Frage bezieht sich sowohl auf die Nutzung der eigenen Medien als auch auf den Versuch die Massenmedien zu erreichen.

Definition des Begriffs

Unter dem Begriff „Medienstrategie“ kann man hier das nachhaltige Wollen verstehen, die eigenen politischen Ziele und Inhalte an Dritte zu vermitteln. Diese Dritten sind hier zum einen die Sympathisanten, die bereits der Partei angehören oder sich in deren unmittelbarem ideologischen Umfeld bewegen, zum anderen aber auch die Öffentlichkeit, in der es gilt, die eigenen Vorstellungen bekannt zu machen und letztlich Wähler zu gewinnen. Besonders zugespitzt findet sich die Frage nach dem Erfolg einer Strategie im Wahlkampf, bei dem in spezieller Weise das „Gefecht der verbundenen - medialen - Waffen“ gelingen muss.

Im Beziehungsfeld zwischen Parteien und Öffentlichkeit spielen die Massenmedien eine entscheidende Rolle: Sie stellen ein Forum für die politischen Akteure dar: Indem die Presse über deren Visionen, Motive und Handlungen berichtet, schafft sie ihnen zugleich eine Plattform zur Selbstdarstellung. Gelingt es den Protagonisten auf diese Weise, für sich und das eigene Anliegen Interesse zu wecken, so ist eine zentrale Bedingung für die Unterstützung durch die Bevölkerung bzw. durch bestimmte Zielgruppen erfüllt.

Mit Blick auf das eigene Lager standen rechtsextremistische Parteien lange Zeit vor der Herausforderung, die Gefolgschaft immer wieder von der Richtigkeit der Gesinnung zu überzeugen und sie trotz der vielfach erfolglosen parteipolitischen Anstrengungen an die Organisation zu binden. Hier nahm die Medienstrategie nach innen insofern eine wichtige Funktion ein, als sie die politische Gegenwartssituation erklärte und Deutungen an die Hand gab, wieso der erhoffte Erfolg ausgeblieben war, dennoch in Zukunft aber nichts anderes als der entscheidende Durchbruch zu erwarten stehe. Auf diese Weise hatte die Medienstrategie das zu vollziehen, was die Pädagogik eine „positive Verstärkung“ nennt: Die Motivation, bei der Stange zu bleiben, sich weiter anzustrengen, Niederlagen zu verwinden und schon kleine Erfolge als Vorboten des - aufgrund der lebensrichtigen Einstellung - unabwendbaren Triumphes anzusehen. Nach Wahlerfolgen namentlich von DVU (Sachsen Anhalt 1998 u. Brandenburg 2004) sowie NPD (Sachsen 2004 u.

Mecklenburg -Vorpommern 2006) hat sich diese Argumentation natürlich deutlich vereinfacht und die Akteure sind nun darum bemüht, das Engagement des Parteiapparates zu verstetigen.

Was die Werbung in der Öffentlichkeit betrifft, sehen sich Rechtsextremisten prinzipiell vor dem selben Problem, das auch die etablierten Parteien zu lösen haben: Sie müssen Aufmerksamkeit erregen, das Interesse von Journalisten und Redakteuren auf sich ziehen und in der Öffentlichkeit damit das betreiben, was die Kommunikationswissenschaften als „agenda setting“ bezeichnen. Die zu gewinnenden Sympathien gilt es letztlich in Wählerstimmen umzumünzen. Anders als alle übrigen politischen Organisationen sind NPD, REP und DVU aber mit dem Phänomen der öffentlichen Stigmatisierung konfrontiert; dergestalt, dass sie aufgrund der - spezifisch deutschen - historischen Erfahrung auf eine Immunreaktion der demokratischen Mehrheitsgesellschaft stoßen. Bedeutsam ist dies vor allem dort, wo eine politische Organisation zur Beteiligung am Diskurs auf die mediale Transferleistung der öffentlichen und privaten Medien angewiesen ist.

Hierzu heißt es in der vom NPD - Verlag herausgegebenen Publikation „Funkenflug. Handbuch für Patrioten und Aktivisten“: „Von ‚Chancengleichheit‘ gegenüber der politischen Konkurrenz können Patrioten jedoch nur träumen ... Wie angesichts dieser Realität bei einigen politisch Aktiven die Vorstellung reifen konnte, die Massenmedien könnten ‚instrumentalisiert‘ werden, ist schwer begreiflich.“²⁹

Exkurs zur Kampagnenfähigkeit

Noch einmal zur Erinnerung: Die Darstellung der Ziele, Motive und Handlungen gesellschaftlicher Akteure durch die Massenmedien muss man als eine funktionale Voraussetzung für die Zustimmung der Bevölkerung betrachten. Ohne eine hinreichend intensive Medienpräsenz, die den Intentionen der Politiker entspricht, besitzen diese nur sehr geringe Chancen beachtet zu werden.³⁰

Auf dieser Basis fehlt es der rechtsextremistischen Parteienformation jedenfalls derzeit - an dem entscheidenden Element einer überregionalen Kampagnenfähigkeit, also an der Möglichkeit einer zeitlich befristeten, thematisch begrenzten, dramaturgisch angelegten, multimedial operierenden besonderen Kommunikationsanstrengung, um ein definiertes Ziel zu erreichen.“³¹

Deshalb beschränkt sich der Aktionsradius der rechtsextremistischen Öffentlichkeitsarbeit auf vereinzelte Landtagswahlen - also auf jene Landesre-

29 Riehl, J. (Hrsg.); Funkenflug Handbuch für Patrioten und Aktivisten; Riesa 2006; S. 143

30 Kepplinger, H.; Eps, P.; Augustin, D.; Skandal im Wahlbezirk. Der Einfluß der Presse auf die Wahl des Münchner Oberbürgermeisters; Mainz 1995; S. 3

31 Vergl. Verdi; Aktive im Betrieb. Kampagnen organisieren; www.verdi.de/aktive/kampagnen_organisieren/vorfragen/was_ist_eine_kampagne; 19.10.2006

gionen, in denen - wie im Fall der DVU - die Mittel für einen konzentrierten Plakat und Briefkastenwahlkampf vorhanden sind, oder - wie bei der NPD - der Wahlkampf / Kampagne durch funktionierende parteieigene Strukturen vor Ort ausgetragen werden kann.

3. Das Medienarsenal der rechtsextremistischen Parteien

3.1 Zeitungen

Nimmt man die Intensität der in den Parteipublikationen ausgetragenen Theoriedebatte, die Breite der Themenwahl und den Umfang der Schriften zum Maßstab einer selbstbewussten Organisation, so kann dies wohl die NPD mit der Parteizeitung „Deutsche Stimme“ am ehesten für sich verbuchen. Neben einem gewissen durchaus noch zu beobachtenden Anteil von traditionellen Berichten zu Ritterkreuzträgern und Geschehnissen aus dem zweiten Weltkrieg sind die meisten Beiträge ideologisch ambitioniert. Sie widmen sich aktuellen Fragestellungen und dokumentieren allein durch die formal anspruchsvollen Artikel aus der Feder einer durchweg akademisch gebildeten Autorenschaft, dass die Partei - jedenfalls in dieser Hinsicht - aus dem Vollen schöpfen kann. Ein interessiertes Parteimitglied wie auch ein Leser mit der Frage nach den weltanschaulichen Positionen erhält hier umfangreiche Hinweise.

Im Gegensatz hierzu künden bereits die Schlagzeilen der DVU-nahen „Nationalzeitung“ (NZ) von den altbackenen - althergebrachten rechtsextremistischen Topoi, die durchaus dem eher biederen - im vorgerückten Alter befindlichen Klientel - der DVU entsprechen. Aufgrund ihrer Schablonenhaftigkeit wecken sie auch in der allgemeinen Öffentlichkeit wenig Leseinteresse und führen eher noch zu spontaner Ablehnung.

Ein Blick auf „Zeit für Protest“, die Parteizeitung der „Republikaner“, erregt diese Empfindung zwar nicht unmittelbar, doch belehrt die Lektüre rasch darüber, dass die Partei sowohl redaktionell wie auch thematisch keine Akzente setzen kann und sich im Niedergang befindet. Nicht umsonst wurde die doch in jeder Hinsicht umfangreichere Vorgängerpublikation „Der Republikaner“ im Jahre 2004 vom Parteivorstand mangels Masse eingestellt.

3.2 Internetangebote

Die Sichtung der parteieigenen Internetangebote bestätigt im Wesentlichen den von den Zeitungen vermittelten Eindruck. Zwar sind die Seiten allesamt handwerklich routiniert gemacht, doch lediglich die Internetpräsenz der NPD lässt erkennen, dass die Partei über motivierte und zur offensiven Aushandlung befähigte Mitarbeiter verfügt. Binnen kurzer Zeit wechseln die Themenfelder und werden neue Texte und Dateien eingestellt. Aktuelle - herunterzuladende - Medienangebote in Ton (Schulhof CD) und Bild tun ein Übriges dazu, die Seite zumindest für das eigene Klientel attraktiv zu machen. Lediglich als eine Art elektronischer Ausgabe der NZ zeigt sich die Bundesseite der DVU. Sie weckt zudem den Verdacht, als vermeide es die Partei, ihr Personal zu präsentieren. Weder der Parteivorsitzende - wie etwa bei NPD und REP - ziert die Frontpage noch einer der für die DVU gewählten Landesparlamentarier. Die Zeilendichte vermittelt eher den Eindruck, als verschanze sich das Personal hinter den in München zentral verfassten Texten. Nicht viel tiefer lassen die Links auf die DVU - Landesverbände blicken: Meist erscheint lediglich eine Telefonnummer und eine e-mail-Adresse, unter der die Landesgeschäftsstelle zu erreichen ist.

Die REP - Seite offenbart nur geringe Bewegung. Selten wird die Titelseite abgelöst und auf den internen Links befinden sich - bis auf die Ausnahme der Presseerklärungen - zumeist Hinweise auf archivierte Texte der vergangenen Jahre .

Besondere Beachtung verdienen die im Internet plazierte Texte der Pressestelle.

3.3 Presseerklärungen:

Auch hier besitzt die NPD das deutlich professionellste Angebot. Es umfasst nicht nur Texte aus der Parteispitze, sondern hier finden sich auch die tagesaktuellen Fraktionsmitteilungen aus Landesparlamenten. (Ein Blick auf die Seite vom 16.08.2006 zeigt, wie schnell und letztlich auch nicht ohne Sinn für Konterchancen eine aktuelle Studie der Friedrich-Ebert Stiftung zu eigenen Zwecken instrumentalisiert wurde³²). Diesen Service bietet die DVU nur eingeschränkt. Ihr Verzeichnis wird nur sporadisch aktualisiert, vielfach bleibt es über viele Wochen unberührt und deutet darauf hin, welche geringe Bedeutung die DVU dem Internet angesichts des eigenen nicht auf die neuen Medien orientierten Sympathisantenumfeld zuzuspricht.

Den Republikanern fehlt die Bühne der Landespolitik und damit auch eine wichtige Erfahrungs- und Berichtsebene. Die in der Tat meist aktuellen Stellungnahmen aus der Parteispitze betreffen häufig bundespolitische Fragen

32 Gansel, J.; Der Nationalismus aus der Mitte des Volkes; www.npd.de Rubrik Inhalte Politik (Ausdruck 16.8.2007)

und stehen deshalb in einem offenkundigen Gegensatz zur tatsächlichen Bedeutung einer Partei, der es an der Möglichkeit zur politischen Mitgestaltung fehlt. Es ist zu vermuten, dass diese Texte im engen Umfeld des Parteivorsitzenden - wenn nicht von ihm selbst - verfasst werden. Ein entsprechendes redaktionelles Umfeld dürfte der Partei mangels Masse fehlen. So unterschiedlich die Medienangebote der drei Parteien hinsichtlich formaler Qualität und Umfang auch sein mögen, sie bleiben von der offiziellen Presse größtenteils unbeachtet. Weder werden Passagen aus den offiziellen Parteiorganen von NPD, DVU oder REP zitiert, noch finden sich die in ihrer Anzahl doch beachtlichen Pressemitteilungen der rechtsextremistischen Fraktionen in der Berichterstattung von Agenturen, Presse, Funk und Fernsehen wieder.

4. Das Medienbild seitens der Rechtsextremisten

Entsprechend fällt das Urteil der Szene über die bundesrepublikanische Presse aus. Da ist von „Systemmedien“ die Rede, die national denkende Menschen gezielt in ihrem Recht der freien Meinungsäußerung hinderten oder – wie es in einer Publikation der DVU heißt – vom „Schweinejournalismus“. Der langjährige Rundfunk- und TV-Journalist Franz SCHÖNHUBER, damals Chef der rechtsextremistischen Republikaner, beschimpfte Journalisten, deren Artikel ihm nicht passten, gar als ‚Volksverhetzer‘³³. Diesen Terminus griff der NPD – Bundesvorsitzende VOIGT mit der Erklärung auf, nach dem Machtwechsel habe man selbst die eigenen Prozesse wegen Volksverhetzung hinter sich, die heute hierzu berichtenden „Schreiberlinge“ hätten diese aber noch vor sich.³⁴

Solche Ausführungen sind weniger in der Erwartung formuliert, die so gescholtenen Medien zu einer anderen Haltung zu veranlassen, sondern richten sich vor allem an die eigene Gefolgschaft, die sowohl gegen die Inhalte der demokratischen Berichterstattung immunisiert als auch im Kampf gegen eine feindliche Umwelt zusammengeschweißt werden soll.

5. Das Reiz - Reaktions - Schema

Angesichts dieser Wahrnehmung des Ausgegrenztseins entwickelt sich seit geraumer Zeit eine kalkulierte Reaktion der Szene. Nach Andreas MOLAU, einem der Chefdenker der NPD, hätten Presse und Politik nach jedem Wahlerfolg der NPD aufs Neue versprochen, sich mit den Positionen der Nationaldemokraten auseinander zu setzen, diese Zusage aber bis auf den heutigen Tag nicht eingehalten. Man werde nun eine eigene Medienoffensive starten³⁵. Welche Erwartungen mit ihr verbunden sind, hat der Pressesprecher der NPD

33 Vergl. Kapust, W.; Rechter Umgang; in: WDR Print; www.wdr.de/wdrprint/archiv/2004/11/dialog.html; 25.10.2006

34 Homepage der NPD Berlin (21. Oktober 2006)

35 Molau, A.; NPD-Medienoffensive; www.npd.de; 24.10.2006

Sachsen, Stefan HARTUNG, präzisiert: „Nur wenn wir in der Presse stattfinden, werden uns die Menschen kennenlernen können. Die Medien sollen uns ruhig als systemfeindlich darstellen – die Bürger werden sich in der Untergangsphase der BRD wieder an uns erinnern und uns dann das entscheidende Vertrauen schenken.“³⁶

5.1 Konterchancen

Ein Blick in die Berichterstattung der letzten Jahremacht klar, auf welchen Mechanismus rechtsextremistische Parteien spekulieren und wie sie ihn für sich nutzbar machen wollen: Sie wurden vor allem dann in den Medien erwähnt, wenn sie sich dem Vorwurf neonazistischen Gedankengutes ausgesetzt hatten. So ergab sich in der Folge ein spezielles Reiz – Reaktionsschema, das einem „Katz und Maus - Spiel“ ähnelt, in dem allerdings die NPD die Katze ist.

Diese Situation beschreibt der Politikwissenschaftler und gelernte Rundfunkredakteur Dr. Peter Widmann als ein moralisches Dilemma. Demnach hätten sich eine Reihe von Stereotypen in die mediale Darstellung eingeschlichen. Ein Teil der Journalisten ergriffen nämlich Partei für die Demokraten gegen die Extremisten und nähmen auf diese Weise eben jenes Urteil, das sich der Leser oder Zuschauer ja selber bilden sollte, schon in den Beiträgen vorweg. In der Meinung, man müsse als Journalist den Kampf gegen den Rechtsextremismus unterstützen, werde tatsächlich das Prinzip der journalistischen Objektivität verletzt. Moralisch sei diese Haltung vielleicht nicht zu beanstanden, nutze letztlich aber den Rechtsextremen. Widmann: „Sie können sich leicht als Märtyrer in einer vermeintlich gleichgeschalteten Medienlandschaft inszenieren.“³⁷

Ein Blick in die Medienlandschaft belegt die Plausibilität dieser Einschätzung: Wengleich rechtsextremistische Funktionäre nur selten in TV Interviews zu Wort kommen, sind ihre Auftritte - oftmals in investigativen Magazinsendungen - dennoch recht nachdrücklich. Sie wissen um die in den Köpfen vieler Journalisten vorhandene Selbstverpflichtung, sich bereits in der Fragestellung von ihrem Gegenüber zu distanzieren und entwickeln das, was auch der WDR – Journalist Wolfgang Kapust „eine vorsätzliche Medienstrategie“³⁸ nennt.

Diese ist auf das Ziel orientiert, sich mit der gezielten Provokation bewusst außerhalb der gesellschaftlichen Mehrheitsmeinung zu verorten und durch empörte Reaktionen gesteigerte Aufmerksamkeit zu erlangen. Zugleich er-

36 Zitiert nach: Nationales Forum Sachsen; JN Sachsen führten 2. Landeskongress durch; www.nationales-forum.de 20.10.2006

37 Widmann, P.; Die Provokation mit Nazi - Symbolen hat Methode; in: TU-Berlin intern (4/2005); www.tu-berlin.de; 20.10.2006

38 Kapust, W.; ebenda

laubt der absichtsvoll inszenierte, publizitätsträchtige Tabubruch die Selbstvergewisserung der rechtsextremistischen Wähler und Gefolgsleute und ermöglicht argumentativ - so Dr. Hauke HARTMANN, Projektleiter bei der Bertelsmannstiftung, wörtlich „...die Einnahme einer Opfer – und Anklägerrolle gegenüber den Medien als Teil des ‚Systems‘, das ihre Meinungen verzerrt, unterdrückt oder marginalisiert“³⁹. Dass diese Strategie erfolgreich ist, betätigt auch der „Zeit“ - Journalist Toralf Staudt anlässlich der sächsischen Landtagswahl 2004: „Fraktionschef Holger Apel grinst breit, wenn er über die ersten Stunden, Tage und Wochen nach der Wahl redet, er hört gar nicht mehr auf zu spotten. ‚Etwas besseres hätte uns gar nicht passieren können‘, sagt Apfel. Millionen von Zuschauern konnten live erleben, wie er unfair behandelt wurde, argumentative Auseinandersetzung fand nicht statt.“⁴⁰

5.2 Die Effekte des „Katz und Maus-Spiels“

Gerade das Vermeiden einer Auseinandersetzung mit den allgemeinpolitischen Programmen der Rechtsextremisten und das parteinehmende Stigmatisieren der Rechtsextremisten als Rassisten und Neonazi weckt nur deren scheinbare Empörung, ist von diesen aber tatsächlich gewollt und kommt der Szene entgegen:

Sie mimen mit der Anschuldigung von Parteilichkeit und verletzter Chancengleichheit im demokratischen Wettbewerb eine formal glaubhafte Enttäuschung und reklamieren einen Mitleidseffekt mit der Behauptung, das „System“ verwehre ihnen den Zugang zum allgemeinen Diskurs. Auf diese Weise entgeht die Szene einer ernsthaften Auseinandersetzung zu den eigenen Sachpositionen. Denn kaum ein Funktionär von NPD, DVU oder REP wäre je ernsthaft in der Lage, die zumeist phrasenhaften Darlegungen etwa zu Wirtschafts- und Finanzpolitik im Detail zu erläutern. So käme in einer Debatte zu der von der NPD propagierten „raumorientierten Volkswirtschaft“ relativ rasch zum Vorschein, dass deren stark isolationistisches Konzept aus Sicht von Wirtschaftsexperten schnell zur Massenverarmung führen würde. Ebenso sähe sich ein NPD – Vertreter bei fachlich kritischer Nachfrage sicherlich bald bei der Definition in Erklärungsnot, wo sich denn der Unterschied zwischen den eigenen Ausländerpolitischen Vorstellungen und einer „ethnischen Säuberung“ bestehe.

So erleichtert es gerade die journalistische Fixierung auf Bezüge zum Nationalsozialismus nach Widmann den Extremisten, „... einer Auseinandersetzung dort aus dem Wege zugehen, wo sie am schwächsten sind – in der Diskussion über realistische politische und ökonomische Konzepte“. ⁴¹

39 Hartmann, H.; Rechtsextremismus und Medien – Informieren statt Moralisieren. Zur Notwendigkeit einer verbesserten Berichterstattung über Rechtsextremismus; in: „Ideologie und Strategien des Rechtsextremismus - wie geht man als Journalist/in damit um?“; Dokumentation des E&C - Werkstattgesprächs; Berlin; 8. Mai 2006

40 Staud, T.; Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD; Köln, 2006; S. 117

41 Widmann P.; Entscheidungsschlachten am Bildschirm. Extremistische Provokateure und journalistische Routinen; in: Benz, W. (Hrsg.); Jahrbuch für Antisemitismusforschung; Bd. 14; Berlin; 2005; S. 109

Mit anderen Worten: Das grelle Scheinwerferlicht der Neonazidebatte schafft Schattenzonen, in denen rechtsextremistische Agitation - unberührt von kritischer Nachfrage - in die Fläche wirken kann.

Neben jener demokratisch parteinehmenden Attitüde der Berichterstattung, die in ihrer gutgemeinten Absicht letztlich den Angriffspunkt für Rechtsextremisten markiert, nutzen Rechtsextremisten einen weiteren Effekt:

Es besteht nämlich - so der Medienwissenschaftler Widmann ein „... Einfallstor dort, wo sich die Interessen der Provokateure und der Berichtersteller überschneiden“⁴². Beide Seiten suchen nach Aufmerksamkeit. Die journalistische Orientierung am plakativen Ereignis kommt der Tatsache entgegen, dass rechtsextremistische Gruppierungen weniger um die ideologisch ausgefeilten Programme bemüht sind und nur in kleinen Zirkeln eine ideologisch fundierte Analyse der gesellschaftlichen Lage betreiben. Ihr Metier ist vielmehr das Symbolische, die zeichenhafte Aktion.

So ergibt sich aus der Suche nach Bildern zugleich auch deren Macht: Schon numerisch unbedeutende Aufzüge, Gruppen von Kahlköpfen, wehende Fahnen werden mithin zu Fanalen für die Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung insgesamt. Für zahlenmäßig relativ kleine Organisationen wie die NPD ist damit die Versuchung groß, sich mit geringem - aber pointierten - Aufwand in Szene zu setzen.

Die Kombination von demokratisch - ausgesprochen - engagierter Berichterstattung und beiderseitiger Ereignisorientierung führt zu einem weiteren - in seiner Wirkung höchst unerwünschtem - Resultat:

Die zu Teilen alarmistischen Beiträge, die vor allem das stete Warnen vor rechtsextremistischen Einflussnahmen, rechtsextremistisch dominierten Sphären in den Mittelpunkt rücken, verstärken unfreiwillig die Wahrnehmung der extremistischen Akteure, man stehe tatsächlich in einem sich zuspitzenden Entscheidungskampf.

Überaus problematisch ist in diesem Zusammenhang etwa die Verwendung des medienpräsenten Begriffs „Parallelgesellschaft“ Der Terminus wird in der aktuellen Debatte über die Integration von Zuwanderern genutzt und bezeichnet Strukturen, die nach außen abgeschottet aber sichtbar sind und sich in der Regel anders darstellen als die der Mehrheitsgesellschaft. Für den rechtsextremistischen Bereich würde dies bedeuten, dass deren Anhänger sichtbar Stadtteile oder zumindest Straßenzüge dominierten und über feste Strukturen, wie kulturelle Einrichtungen und Geschäfte verfügten. Eine derartige Situation ist jedoch nicht gegeben; es gibt keine Landesteile, in denen rechtsextremistische Gruppierungen die Alltagsgesellschaft bestimmen.⁴³ Solch fehlgehende Vorstellungen stärken jedoch die Machtphantasien der

42 ebenda

43 Eine ähnlich fehlgehende Diskussion wurde bereits vor einigen Jahren zum Begriff der „Kulturellen Hegemonie“ als einer strategischen Prämisse der „Neuen Rechten“ geführt. So hieß es in der öffentlichen Debatte, die „Neue Rechte“ habe diese - ursprünglich von dem italienischen Kommunisten Antonio Gramsci entwickelte - Theorie adaptiert und betriebe erfolgreich die Besetzung des vorpolitisch-kulturellen Raumes mit dem Ziel einer gänzlichen Umwälzung des politischen Systems

Rechtsextremisten, die jene Meldungen als Bestätigung ihrer Vision sehen, das ‚System‘ stehe angesichts des nationalen Ansturms tatsächlich mit dem Rücken zur Wand. Ohne Zweifel eine Ermutigung, mit dem eigenen Treiben fortzufahren. „Dort, wo also sachliches, selbstbewusstes Entgegenreten verlangt wäre, findet sich vielfach eine hohe Bereitschaft in Panik zu verfallen“.⁴⁴

6. Wer sind die Zeilenfabrikanten und die Ideengeber?

Nahezu jede soziologische Einschätzung des rechtsextremistischen Personenpotentials kommt zu dem Schluss, dass es sich bei diesem Klientel um eine formal geringer gebildete Gruppe handelt, deren berufliche Zuordnung eher im gewerblich handwerklichen als im akademischen Umfeld liegt. Um so schwerer dürfte es allen rechtsextremistischen Parteien fallen, gerade jene Positionen zu besetzen, die mit dem Erzeugen von journalistisch gekonnten Texten oder dem Entwickeln von Medienstrategien befasst sind. Und natürlich hospitiert ein Absolvent einer journalistischen Ausbildung nicht einmal ein Jahr bei der „DS“ oder der „NZ“, um eine spätere Verwendung bei der Frankfurter Rundschau, der Aachener Zeitung oder dem Norddeutscher Rundfunk anzustreben. Das offene Engagement für eine der rechtsextremistischen Medien bedeutet somit ein erhebliches Maß an ideologischer Entschiedenheit und das Wissen um die voraussichtliche Unmöglichkeit einer anderweitigen Karriere .

Während im Umfeld der DVU ein - mit Ausnahme des kürzlich verstorbenen ‚Pressesprechers Bernd DRÖSE - nicht namentlich bekannter Personenstamm um den Parteivorsitzenden FREY sowohl die Texte für die NZ als auch für Parteiveranstaltungen schreibt, sind die Akteure der NPD geradezu darum bemüht, ihre Namen publik zu machen:

Mit Andreas MOLAU und Jürgen GANSEL zogen 2004 nach der erfolgreichen Landtagswahl zwei im Impressum der rechtsextremistischen Publikation „Deutsche Geschichte“ genannten Autoren zur NPD. GANSEL erhielt ein Abgeordnetenmandat und bemüht sich – auch im Rahmen der als Kaderschmiede konzipierten Dresdner Schule – um eine Intellektualisierung der Partei. Dabei kooperiert er mit MOLAU, dessen Mitarbeit sich die NPD ebenso sichern konnte wie das Engagement des zeitweiligen Redaktionsbeirates Karl RICHTER. Sie alle vermochten ihre publizistischen Erfahrungen, die sie im Verlagshaus des rechtsextremistischen Verlegers SUDHOLT gemacht hatten, später in die Parteiarbeit einzubringen. Gleiches gilt für den promovierten Historiker Olaf ROSE, der seine Arbeit für die sächsische Fraktion vor drei Tagen - am 1. Dezember - aufgenommen hat.

Nicht umsonst gedeiht im Umfeld dieses Personenkreises ein Zeitschriften-

projekt der Jungen Nationaldemokraten, das unter dem Titel „Hier & Jetzt“ eine formal anspruchsvolle und redaktionell kontinuierliche Ideologearbeit leistet. Um einmal eine aus der rechtsextremistischen Publizistik stammende Rezension zu zitieren: „Hier findet ... Auseinandersetzung mit der Gegenwart statt, und das auf beachtlichem Niveau, ohne Lamento und Schaum vor dem Mund. Politisch korrekten Lesern dürfte es schwerfallen, rechte „Dumppfaffen“ am Werk zu sehen...“⁴⁵ („Nation & Europa“)

7. Das Parlament als Lehranstalt

Fehlt es der rechtsextremistischen Szene auch an Weiterbildungs- und Ausbildungseinrichtungen in Sache Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, wie sie etwa den demokratischen Parteien in Form von Stiftungen zur Verfügung stehen, so ist darauf hinzuweisen, dass gerade die parlamentarische Präsenz der NPD in Sachsen und nun auch in Mecklenburg Vorpommern den Ausgangspunkt einer weiteren Professionalisierung der Partei bilden könnte. Dies beginnt beim täglichen Texten von Manuskripten. Schreiben von Redeentwürfen und den Routineerwerb bei und medienwirksamen öffentlichen Auftritten. Zudem dürfte die Konzentration von „Köpfen“ um die Fraktionen langfristig dazu beitragen, dass sich das für den Rechtsextremismus zu vernehmende Lagebild, sie verfüge über Strategen, aber über keine Strategie, auf Dauer wandeln

8. Die Strategie

Wie verhält sich die NPD angesichts dieser von mir beschriebenen - und auch von ihr wahrgenommenen Phänomene:

Gegenwärtig entwickeln sich zwei Strategien.

8.1 Die Etablierung einer medialen Gegenöffentlichkeit

„Bei aller Mühe“, so schreibt der schon erwähnte „Funkenflug“, „... darf jedoch nicht vergessen werden, daß man sich in der politischen Auseinandersetzung am besten auf die eigenen Kräfte verläßt. Und das heißt in diesem Fall: die eigenen patriotischen Medien“.⁴⁶ Und mit selbem Tenor stand der NPD - Pressesprecher Klaus Beier in „Focus online“ zu lesen: „Wir werden von allen Diskussionsrunden im Fernsehen ausgeschlossen und müssen uns deshalb eigene Medien schaffen, um die Menschen zu erreichen“⁴⁷.

Konkreter Ausfluss dieser Erwägungen war die Erstausstrahlung der NPD - eigenen Nachrichtensendung „Die Woche“ auf der Videoplattform „You-

45 www.npd.de.; „Hier und Jetzt - viel Lob für ein JN-Projekt“; 11.10.2006

46 Riehl, J.; ebenda; S.157

47 www.focus.de; NPD sendet Nachrichten übers Netz; 27.09.2006

tube“. Die - mittlerweile in der neunten Ausgabe erscheinende jeweils rund zehnminütige Sendung lehnte sich im Outfit stark an die Tagesschau der ARD an und präsentiert als Sprecher den seriös gekleideten 23 - jährigen Marcel WÖLL aus Hessen. Der Landesvorsitzende der NPD hatte das Projekt initiiert und moderierte unter dem Slogan „kritischer Journalismus“ eine Sendung, die sich in der Erstausgabe bejubelnd mit den Wahlergebnissen der NPD befasste, von den Übergriffen ausländischer Jugendlicher berichtete und auch eine fiktive Liveschaltung zum neonazistischen Rechtsanwalt RIEGER enthielt.

Und auch das Rühren am Tabu war nicht ausgelassen: Mit dem Bericht über den von dem iranischen Staatspräsidenten Ahmadinejad ausgerichteten Holocaust - Karikaturenwettbewerb, machte man sich indirekt dessen Lesart zu eigen, es handele sich bei der systematischen Judenvernichtung um ein Hirn-gepinnt.

Zwar wurde die Erstsending der „Woche“ aufgrund vielzähliger Proteste rasch wieder von „Youtube“ gelöscht, doch der Impuls war gesetzt und inzwischen erscheint „die Woche“ - wie es der Name sagt, und wie von der NPD angekündigt - tatsächlich wöchentlich auf der Internetpräsenz der NPD. Stolz verkündete NPD - Pressesprecher Beier, neben dem Projekt von Wöll gebe es noch eine ganze Reihe von ‚Graswurzelprojekten‘. Man arbeite nämlich in Berlin an einem zentralen Projekt „Neue Medien“. Spätestens zum Winter werde dann zusätzlich noch ein Nachrichtenprogramm mit bewegten Bildern angeboten, erklärte er. so wolle man sich vom „Meinungsdiktat der Systemmedien unabhängig machen“⁴⁸.

Mit dem - ursprünglich aus dem historischen Anarchismus stammenden - Begriff der „Graswurzelrevolution“ nutzt Beier bewusst - und mit Anspruch auf ein ausgereiftes Konzept - einen Terminus, der das zwar gewaltfreie - dennoch kontinuierliche verändernde - Durchdringen der Gesellschaft meint. Sollte es der NPD mit der bereits oben angedeuteten Professionalisierung ihrer Kapazitäten gelingen, ein nachhaltiges Medienprojekt in Form der „Woche“ aus der Taufe zu heben, so müsste es nicht bei dieser vollmundigen Erklärung bleiben.

Es entstände ein eigenständiges Informationsmedium für Rechtsextremisten, das über die kontinuierliche - medial aufbereitete - ideologische Aufbereitung der Gegenwart und die Suggestion der Bilder die Szene unabhängig machte von der offenen Informationsgesellschaft und somit dort eine gewichtige Deutungshoheit erlangte.

Das Projekt setzt auf die ohnehin zu beobachtende Entwicklung, dass sich mit einer Vielzahl von Kanälen und hinsichtlich TV oder Internet eine Frag-

mentierung der Nutzer in potentiell unterschiedliche Teilöffentlichkeiten ergibt, was die Integrationsfunktion der etablierten Massenmedien in Frage stellen könnte.

Der schon zitierte „Funkenflug“ schreibt hierzu: „Zuversichtlich stimmt, daß Patrioten beizeiten die Möglichkeiten des Internets erkannt haben und ausgiebig nutzen. Es existieren nicht nur zahlreiche, oft anspruchsvolle und professionell gestaltete Internet-Angebote von Patrioten für Patrioten, sondern auch die Präsenz in andren Foren und Gesprächsgruppen ist erfreulich hoch.“⁴⁹

Blendet also die Medienwelt das von Rechtsextremisten produzierte Informationsgut aus und vermeidet damit auch die in der Sachauseinandersetzung mögliche Demaskierung, verdrängt sie die rechtsextremistische Klientel in eben jenen separierten Raum der Rückbestätigung der eigenen ideologischen Versatzstücke und trägt damit zu deren Verfestigung bei.

Entwicklungen wie das „Podcast“ - könnte eigene Propagandastränge entwickeln, wie sie etwa aus den USA von christlichen Sekten zur durchaus wirkamen Beeinflussung des eigenen Klientels genutzt werden. Die Werbung für solch ideologisch einseitige Kanäle geschieht vielfach in den Chatrooms des Internet. Und hier treffen wir vor allem jene Gruppe an, auf die die aktionsorientierten Extremisten aller Couleur spekulieren. - Jugendliche und junge Erwachsene.

8.2 Die Selbstkandalisierung

Im dem u.a. von Wichard Woyke verfassten Handwörterbuch des politischen Systems steht zu lesen: „Die Medienforschung hat zeigen können, in welchem Maße der Journalismus durch PR-Maßnahmen der politischen Organisationen beeinflusst wird. Die politischen Organisationen bestimmen Themen und Timing der Berichterstattung ... Dafür sorgt ... auch die Inszenierung von „Events“ (Pseudo-Ereignissen) und die Skandalisierung, also die öffentliche Thematisierung von Verfehlungen des politischen Gegners.“⁵⁰

Dieses überaus wirkungsvolle Mittel der politischen Auseinandersetzung, dessen Effekt vor allem in der medialen Bereitwilligkeit besteht, den als „skandalös“ bezeichneten Vorgang in die Öffentlichkeit zu tragen, bleibt rechtsextremistischen Parteien versagt. Zu ideologisch durchsichtig ist zum einen die Definition des jeweiligen „Skandals“ oder – wenn sich denn der Sachverhalt tatsächlich als beanstandenswert bestätigt – zu entschieden ist die öffentliche Presse, Rechtsextremisten einen publizistischen Nutzen zu verwehren.

49 Riehl; ebenda; S. 157

50 Andersen, U.; Woyke, W. (Hrsg.); Handwörterbuch des politischen Systems; Bonn 2003; S. 393

Somit findet das Skandalisieren des politischen Gegners als permanente Aktionsform nur in den rechtsextremistischen Medien statt und erreicht deshalb fast ausschließlich nur das geneigte Publikum.

Auf eine paradoxe Art gelingt es Rechtsextremisten dennoch, durch den „Skandal“ die allgemeine Öffentlichkeit zu erreichen: Mit der Selbstskandalisierung. Der Finger richtet sich also nicht auf den politischen Konkurrenten, sondern auf den Rufer selbst.

a) Am 21. Januar 2005 hatten zwei NPD-Abgeordnete im Sächsischen Landtag die Bombardierung Dresdens im Februar 1945 durch die Alliierten als „Bomben – Holocaust“ und „kaltblütig geplanten industriellen Massenterror“⁵¹ bezeichnet. Zuvor hatte die NPD-Fraktion die Gedenkminute des Parlaments für die Opfer der NS-Herrschaft verweigert und geschlossen den Sitzungssaal verlassen. Dieses Verhalten löste einen Aufschrei in der Öffentlichkeit aus. Die symbolische Provokation durch die NPD bestimmte die gesamte Berichterstattung, aufgeregte Reaktionen von Vertretern demokratischer Parteien auf Landes- und Bundesebene prägten die Schlagzeilen.

„Dabei war kein Wort zufällig gefallen, es handelte sich nicht um die sprachlichen Ausrutscher nach der Art“ wes die Seele voll ist, quillt der Mund über“ - Unter dem Schutz der parlamentarischen Immunität hatte die NPD den an das Strafrecht grenzende Eklat gewählt und - so lautet die spätere Analyse - ein erwartungsgerechtes Verhalten geweckt. „Medien wie politische Entscheidungsträger waren in die Falle getappt, wie es ein „wohlkalkuliertes Verhalten „ zu Ziele hatte. - So jedenfalls urteilt Klaus Parker - Mitarbeiter des jüdischen Onlinemagazins „HaGallil“ am 13.02.2005⁵².

Den Beleg für die Richtigkeit dieser Auffassung lieferte der sächsische NPD - Fraktionschef Holger APFEL mit seinen Äußerung, es müsse hin und wieder ein Tabubruch vollzogen werden, damit sich die NPD in Erinnerung ruft“⁵³

b) Selbst um den Preis, sich in die Gefahr eines möglichen neuerlichen Verbotverfahrens zu bringen, behält die NPD diese Strategie bei. Stolz hieß es zum Bundesparteitag am 12. November in Berlin, man tage in der „Reichshauptstadt“⁵⁴. Die Folgen waren absehbar. von „ekelhaft“ bis widerwärtig“ lauteten die Kommentare - aber, wie auch immer, die mediale Präsenz war gewährleistet. Und an den empörten Reaktionen konnte man sich im

51 Peter Widmann, ebenda

52 Neuber H.; Was haben Sie denn erwartet? „Die Aufregung um die NPD ist unnötig“. Ein Telepolis - Interview mit Klaus Parker, Mitarbeiter des jüdischen Onlinemagazins hagallil.com; in: hagallil.co; 13.02.2005

53 Holger Apfel zitiert in: Hartmann H.; ebenda

54 Prengel, H.; Provozieren in der „Reichshauptstadt“; www.ksta.de; 12.11.2006

rechtsextremistischen Lager zumindest vorübergehend laben.

- c) Der inszenierte Skandal ist nicht ausschließlich ein Merkmal der NPD: Am 12.9.2006 hatte der brandenburgische DVU – Abgeordnete Peter SCHULDT ein von Innenminister Schönbohm eingebrachtes Versammlungsgesetz als Vorhaben bezeichnet, das sich in einem Rechtsstaat verbiete. Mit dem neuen Gesetz sollen Neonazi – Aufmärsche an Gräberstätten wie dem größten deutschen Soldatenfriedhof in Halbe verboten werden. In Halbe versuchen jedes Jahr am Vorabend des Volkstrauertages Hunderte von Rechtsextremisten zum sogenannten Heldengedenken zum Friedhof vorzudringen. SCHULDT hatte erklärt: Die DVU werde sich ein würdiges Gedenken an die Kriegsoffer nicht nehmen lassen.⁵⁵

9. Schlussbetrachtung

Das rechtsextremistische Parteienlager - und hier ist die Konzentration auf die NPD erlaubt - ist jedenfalls derzeit noch nicht in der Lage, medial wirkungsvoll über das eigene Lager hinaus zu wirken. Zu begrenzt sind noch die intellektuellen und personellen Kapazitäten. Entscheidendes Hemmnis ist vor allem die Verweigerung der demokratischen Medien, Rechtsextremisten zu Wort kommen zu lassen. Es hat sich jedoch gezeigt, dass eben diese demokratisch engagierte Haltung mit dem Reflex verbunden ist, auf rechtsextremistische Provokationen zu reagieren und jener Szene bisweilen gerade damit die gewünschte Aufmerksamkeit zu verschaffen. Dass dabei die notwendige Auseinandersetzung mit den fachlich dünnen Sachaussagen und nur notdürftig kaschierten Extremismen auf der Strecke bleibt, ist ein weiterer zu beklagender Umstand.

55 Fischer, S.; Potsdamer Landtag: DVU sorgt für Eklat; in: Zeit online; 13.09.2006
Agitation und Initiierung politischer Kampagnen.

Dr. Stefan Kestler, Bundesamt für Verfassungsschutz

Die Nutzung des Internets durch Linksextremisten Teil 1

Einleitung

Im Juli 2006 mahnte Nordrhein-Westfalens Innenminister Ingo Wolf anlässlich der Debatte um die angestrebte Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes: „Immer häufiger werden heute sogar über das Internet Anschlagziele vorgeschlagen, Logistik verkauft, telefoniert und Cyber-Angriffe gestartet. Auch inländische Extremisten nutzen das Internet als Propagandamittel und Aktionsforum. Gegenüber dieser technischen Veränderung darf der Verfassungsschutz nicht blind sein.“⁵⁶

Wolfs Äußerung bezog sich indes auf hinreichend bekannte Tatsachen. Nicht erst seit der zunehmenden Instrumentalisierung des World Wide Web durch terroristische Islamisten werden die Sicherheitsbehörden heute global mit dem Umstand konfrontiert, dass Extremisten jeglicher Couleur moderne Informations- und Kommunikationsmedien zur zeitgemäßen Unterstützung ihrer politischen Agitation nutzen. Der folgende Beitrag hat sich zum Ziel gesetzt, Rolle und Bedeutung des Internets speziell im Kontext des deutschen Linksextremismus näher zu betrachten.

Das den Linksextremismus weltweit bestimmende Element, sich internationalistisch zu definieren, bezog in seiner historischen Entwicklung auch stets die Absicht mit ein, Meinungen, Erfahrungen und spezifische Handlungsabsichten möglichst länderübergreifend mit Gleichgesinnten auszutauschen. Die hierzu erforderlichen Treffen, Versammlungen oder Kongresse bedurften dabei stets eines hohen Maßes personeller wie materieller Ressourcen. Diese Bedingungsstrukturen änderten sich erst in den letzten 25 Jahren grundlegend durch die Bereitstellung und Nutzung global strukturierter Informations- und Kommunikationstechnologien, deren Entwicklung sich zudem sprunghaft dynamisierte. Mittlerweile haben sich – was durchaus nicht selbstverständlich erscheint – auch Linksextremisten mit steigender Beliebtheit dieser technischen Herausforderung gestellt. Für die meisten Szeneangehörigen stellt dabei gerade das Internet in seiner derzeitigen Form die einzige herrschafts- und zensurfremde Plattform dar, deren quasi „anarchische“ Struktur gewahrt und verteidigt werden soll. Der Umstand, dass die „elek-

tronischen Netzwerke“ anfangs „als dezentral, offen, erweiterungsfähig und antiautoritär beschrieben“ wurden sowie die Versprechung, dass das Internet eine „zutiefst demokratische Wirkung“ besitze, „weil jede Information sofort und überall auf der Welt zugänglich werde“⁵⁷, klang und klingt in den Ohren linksrevolutionärer Aktivisten noch immer mehr als verheißungsvoll. Dazu zählt – überraschenderweise - auch die weitgehende Tolerierung anderslautender politischer Meinungen in diesem virtuellen Kontext. Schließlich solle, so eine vorherrschende Ansicht, der „mündige“ User selbst entscheiden, welche Seiten im Netz er besuchen und in welcher Form er sich kritisch mit diesen auseinandersetzen möchte.

Grundfragen linksextremistischer Computernutzung

Als die linksextremistische Szene in der Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts allmählich damit begann, sich der Frage „Computernutzung – Fluch oder Segen?“ zuzuwenden, war ein abschließendes Urteil über die Haltung zu den weiterreichenden Perspektiven einer medialen Zukunft noch längst nicht gefällt. Ganz im Gegenteil: ein fühlbarer Zwiespalt innerhalb des linksrevolutionären Lagers im Umgang mit modernster Technik war und ist virulent. Hierfür sind mehrere Gründe ausschlaggebend: vor allem der beinahe „traditionell“ zu nennenden USA-Feindlichkeit linksextremistischer Zusammenschlüsse dürfte es zu einem nicht geringen Teil geschuldet gewesen sein, dass der Verwendung von Computer und Internet – beides letztendlich Entwicklungen aus dem Interessenbereich des US-Militärs – besonders anfangs starke Skepsis entgegenschlug. Auch die heterogene Beurteilung der wechselseitigen Beeinflussung von Rüstungsdynamik und dem Vorantreiben der Informatik als Wissenschaft fällt in diesen Bereich.⁵⁸ Wie anders wäre es sonst zu erklären, dass in den frühen Jahren dieses Entwicklungsprozesses militante Extremisten Computerprototypen an der Freien Universität Berlin zerstörten und den Bereich der Mikroelektronik sogar als „anschlagsrelevant“ einstufen?⁵⁹

Trotz der stets feststellbaren grundsätzlichen Skepsis und Antipathie gegenüber jeglicher Art des kapitalistisch motivierten technischen Fortschritts – um damit einen weiteren Einwand zu benennen - , begann der deutsche Linksextremismus dennoch etwa Mitte der 80er Jahre damit, die Perspektiven, welche der vernetzte Datentransfer und weitere technische Neuerungen boten, durchaus für sich zu verinnerlichen. Allerdings geschah und geschieht dies nicht ohne szeneeinterne Widerstände. Die in den letzten Jahren zahlreich zur erleichterten Überwachung von Orten, Personen oder Waren entwickelten neuen Technologien – so z. B. RFID-Chips⁶⁰, Gendaten-

57 Sven Maier, links im Netz, in: Antifaschistisches Infoblatt Nr. 55, (2002), ohne Seitenangabe.

58 Vgl. dazu Joseph Weizenbaum, „Kritisches Denken ist das Gegenteil von Internetsurfen“, in: Wochenendbeilage der Tageszeitung junge Welt vom 23./24. September 2006, S. 1-2.

59 Sven Maier, links im Netz, in: Antifaschistisches Infoblatt Nr. 55, (2002), ohne Seitenangabe.

60 Vgl. hierzu: Der Siegeszug der RFID-Chips. Überwachung abschirmen, in: Die Rote Hilfe, Heft 2, (2006), S. 12 – 13.

banken, biometrische Datenbanken, Data Mining, Bewegungsprofile oder Kameraüberwachung öffentlicher Plätze – werden von Linksextremisten unter dem Sammelbegriff „Repression“ als reale, weiter wachsende Bedrohung für ihre eigene bzw. die Freiheit aller Bürger empfunden. Diese technischen Innovationen und der verfeinerte Einsatz spezieller Computerprogramme ermöglichen zweifelsohne ein immer weitergehendes Eindringen staatlicher Kontrollsysteme in die Privatsphäre und fördern unter Umständen, nicht allein nach Ansicht linksrevolutionärer Aktivisten, eine Entwicklung hin zum restriktiven „Sicherheits- und Überwachungsstaat“. Großereignisse in Deutschland, wie die Fußballweltmeisterschaft, rücken dabei besonders in den Focus der Kritik, da Linksextremisten gerade diese als Versuchsobjekt für Überwachungs- und Sicherheitstechniken, sowie als Test für deren Akzeptanz in der Bevölkerung interpretieren. Immer wieder thematisieren demzufolge auch Szenepublikationen die Erprobung neuer Technologien als „Repressionswerkzeuge“ der Behörden. So widmete das Berliner Untergrundblatt „Interim“ der „Sicherheit der Repression bei der Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnik“ im Dezember 2005 sogar eine Schwerpunktausgabe. Der zentrale Beitrag befasste sich mit „Sinn und Zweck modernster Technik für linke Politik“ und verdeutlicht damit beispielhaft das Unbehagen, einerseits Technik für sich nutzen zu wollen und andererseits der Gefahr ausgesetzt zu sein, dass diese auch vom politischen Gegner gegen die eigenen Strukturen verwendet werden kann.⁶¹

Ungeachtet derartiger Zweifel hat sich selbst der bundesrepublikanische Linksextremismus dem Reiz und der Notwendigkeit technischer Innovationen nicht vollständig zu verschließen vermocht. Heutzutage unterhalten praktisch alle Spektren der linksextremistischen Szene eigene Webseiten. Schätzungen gehen mittlerweile von mehr als 1.000 linksextremistisch beeinflussten Internetseiten und Adressen allein im deutschsprachigen Bereich aus. Die meisten orthodox-kommunistischen Parteien und Gruppierungen wie „DKP“ oder „MLPD“, aber auch kommunistisch beeinflusste Bündnisse wie die „VVN-BdA“ pflegen auf allen Ebenen eigene Homepages. Gerade die „VVN-BdA“ übernimmt damit auch im Internet die Funktion eines „Bindeglied[s] zwischen demokratischen und linksextremistischen Gegnern des Faschismus“. ⁶² Hinzu tritt „Die Linke.PDS“, die als Partei unter Duldung verfassungsfeindlicher Strukturen in ihren Reihen ebenso das World Wide Web nutzt wie zahlreiche „Bewegungslinke“ oder Antifa-Gruppen aus dem autonomen Umfeld. Allen gemeinsam gilt die eigene Webseite als Aushängeschild der jeweiligen Gruppierung. Die Erfahrung belegt, dass der Zugriff der User auf diese Seiten allgemein im Steigen begriffen ist.

61 Interim Nr. 628 (2005), ohne Seitenangabe.

62 Thomas Barisic/Arnd Reinhard, Linksextremismus im Internet, in: Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme (=Texte zur Inneren Sicherheit), hgg. v. Bundesministerium des Innern, Berlin 2004, S. 222 – 252, hier S. 235.

Das Unbehagen bezüglich einer möglichen Überwachung durch den Staat bzw. potentielle ideologische Feinde bei der Nutzung neuartiger Technologien ist freilich geblieben. Die Untergrundzeitschrift „radikal“ verbreitete bereits 1993 wichtige Hinweise für den sicheren Umgang mit Computern, um, wie es zur Begründung hieß, „subversives Tun weniger angreifbar zu machen“. ⁶³ In einer anderen einschlägigen Szenepublikation wurde ausgeführt: „Das Internet bietet nicht nur Möglichkeiten der staatlichen Überwachung im orwellischen Ausmaß, sondern es ist bereits Repressionen ausgesetzt“. ⁶⁴ Angesichts derartiger Einschätzungen hat sich das Sicherheitsbewusstsein bezüglich Computertechnologie inzwischen erheblich weiterentwickelt. Und dies sicherlich nicht ohne Grund: Intendiert doch das neue nordrhein-westfälische Verfassungsschutzgesetz ausdrücklich den verdeckten Zugriff auf computerinterne Datenbanken, das Lesen abgespeicherter E-Mails sowie das „Einschleichen“ in geschlossene Internet-Foren (Chat-Rooms). Nordrhein-Westfalens Innenminister Ingo Wolf begründete seine Initiative, dem Verfassungsschutz in Zukunft die Überwachung von Netz-Aktivitäten im Inland zuzugestehen vor allem mit dem Argument, dass, wer „im Internet surft“, bewusst und gezielt die häusliche Privatsphäre“ verlässt ⁶⁵, die ja laut Grundgesetz besonderem Schutz untersteht. Linksextremisten selbst sehen dagegen schon seit Jahren ihre Bewegungsmöglichkeiten im Netz eingeschränkt. Diese Einschätzung drückt sich nicht allein in Kommentaren wie dem folgenden aus: „Meinungsfreiheit und die Gegnerschaft zu Zensur sind hohe und verteidigungswerte Ziele. Wir dürfen dabei jedoch Verschiedenes nicht übersehen: eine Meinungsfreiheit im Internet, insbesondere, wenn man einen deutschen Server nutzt und somit zu einem Impressum verpflichtet ist, besteht nicht! Die deutsche Linke macht sich bei diesem Medium noch weit- aus zu viele Illusionen!“ ⁶⁶

Mangelndes Problembewusstsein in Hinblick auf den Überwachungsstaat thematisiert – trotz wachsender Aufmerksamkeit der extremistischen User – auch die linksextremistische Selbsthilfeorganisation „Die Rote Hilfe“, die zu dem plakativen Fazit kommt: „Mit Geheimdiensten kann man ⁶⁷ nicht spielen.“ In ihrem gleichnamigen Publikationsorgan verleiht sie deshalb stetig ihrer diesbezüglichen Kritik Ausdruck: „In das breitere öffentliche Bewusstsein trat dieser Umstand [der Überwachung] nur gelegentlich, etwa zu Zeiten des Volkszählungsboykotts in den achtziger Jahren, aber auch im Zusammenhang mit Berufsverbotsverfahren oder der Rasterfahndung. Die Überwachung allerdings ist permanent.“ ⁶⁸ Besonders das bereits erwähnte

63 Zit. Nach: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), *Gewaltbereite Autonome. Ziele, Strukturen, Aktionen*, Köln 1994, S. 33.

64 *Netzattacken*, in: *Enough is enough!* Nr. 24 (2006), S. 44 – 47, hier S. 46.

65 Monika Porman, *Der Staat surft mit*, in: *Frankfurter Rundschau Online* vom 08. November 2006.

66 *Netzattacken*, in: *Enough is enough!* Nr. 24, (2006), S. 44 – 47, hier S. 45-46.

67 *Die Augen und die Ohren weit geöffnet: Lawful Interception*, in: *die Rote Hilfe* Nr. 4, (2004), S. 22 – 23, hier S. 23.

68 *Bedrohliche Datenspuren*, in: *die Rote Hilfe* Nr. 3, (2004), S. 10 – 11, hier S. 10.

Szenemagazin „Interim“ hat in der Vergangenheit immer wieder vor einem allzu leichtfertigen Umgang mit neuen Technologien gewarnt. Eindringlich mahnte beispielsweise in der Mai-Ausgabe 2002 ein anonymes Schreiben mit dem Disney-Pseudonym „Daniel Düsentrieb“ an, dass der „technische Fortschritt“ natürlich auch dem „Überwachungsstaat“ nütze und sogar „unmittelbar der Polizei Auskünfte gibt“. Drastisch appellierte der unbekannte Szene-Beobachter an seine Leser: „Das INTERNET [...] ermöglicht [...] den Zugriff von außen auf die Festplatte und angeschlossenen Laufwerke – leider ist dies kein Märchen. Grob gesagt, bist du ab und zu im Internet, weiß die Polizei im Zweifelsfall was Du sonst so mit dem Computer machst! [...] Die vielleicht größte Gefahr sind die sogenannten, linken Computerspezialisten‘, mit ihrem unerträglichen Halbwissen, die angeblich eine ‚sichere‘ Verschlüsselung haben [...] Glaubt ihnen kein Wort ... die andere Seite hat bessere Spezialisten!!!“⁶⁹

Schutzmaßnahmen

Die relative „Offenheit“ des World Wide Web umgehen Linksextremisten heute durch die Verwendung von chiffrierten https-Protokollen und Anonymisierungsproxies⁷⁰ sowie durch Anwendung diverser Verschlüsselungsprogramme. Der so „anonymisierte“ Datenverkehr erlaubt nur mehr einen erschwerten Zugriff auf die Inhalte⁷¹ und vermittelt zumindest ein Gefühl relativer Sicherheit. Als ein besonders geeignetes Instrument gegen staatliche Kontrolle erfreut sich dabei das Verschlüsselungssystem „Pretty Good Privacy“ (PGP) größerer Beliebtheit bei den einschlägigen Anwendern. Ein formuliertes Ziel des PGP-Einsatzes liegt vor allem darin, den vielfach beschworenen „staatliche[n] Überwachungswahn durch breite Anwendung von Verschlüsselung ad absurdum „zu führen. Hierbei wird freilich nicht allein auf die Bereitschaft des Individuums gesetzt, sondern vielmehr zu einer gemeinschaftlichen Vorgehensweise ermuntert, die sich in entsprechenden „Initiativen und Kampagnen“ Gehör verschaffen soll.⁷² Eigene „Datenschutzgruppen“ der Szene bieten bereits jetzt Hilfestellung zu Anwendungsmöglichkeiten und Abwehrmaßnahmen im Kommunikationssektor an. Firewalls und Virens Scanner finden unter Linksextremisten genauso Verwendung wie die Analyse der aktuellen Rechtsprechung im Internetbereich.

69 Daniel Düsentrieb, Fragen der Handy- und PC-Technik. Fragen und Ideen zu einigen Beobachtungen in neuerer Zeit, in: interim Nr. 550, (2002), S. 11 – 12.

70 Die Augen und Ohren weit geöffnet: Lawful Interception, in: Die Rote Hilfe, Nr. 4, (2004), S. 22 – 23, hier S. 23.

71 Thomas Barisic/Arnd Reinhardt, Linksextremismus im Internet, in: Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme (=Texte zur Inneren Sicherheit), hgg. v. Bundesministerium des Innern, Berlin 2004, S. 222 – 252, hier: 238.

72 Den Lauschern die Ohren verstopfen, in: Die Rote Hilfe, Heft 2, (2004), S. 20 sowie Daten, Daten über alles, in: die Rote Hilfe, Heft 1, (2005), S. 10 – 12, hier S. 12.

Verwendung des Internets durch Linksextremisten

Unabhängig von der Diskussion um ideologische Grundsätze oder sicherheitstechnische Belange muss an dieser Stelle in einem weiteren Teilaspekt der Betrachtung die Frage aufgeworfen werden, welchen Nutzen Linksextremisten aus der Verwendung moderner Informationstechnologien und Kommunikationssysteme ziehen, bzw. in welcher Form diese überhaupt zur Anwendung gelangen.

Einleitend darf in diesem Zusammenhang festgestellt werden, dass sich die linksrevolutionäre Szene seit jeher eigener Medien bedient hat. Neben bewährten und weiterhin wichtigen Mitteln des Informationsaustausches durch Szenepublikationen, Infoläden und geheime Treffen erkannten Linksextremisten bereits zeitig die bewegungspolitischen Möglichkeiten, die frühe Mailboxsysteme auf lokaler wie überregionaler Ebene zur Verfügung stellten. Zum Paradebeispiel eines derartigen Informations-Netzwerks avancierte das sogenannte „SpinnenNetz“, das 1991 von einigen Autonomen im Rhein-Main-Gebiet als Mailboxverbund ins Leben gerufen worden war. Dieses elektronische Kommunikationssystem sollte vor allem die bundesweite Kooperation zwischen Printmedien, „freien“ Radios und Infoläden der Szene weiter fördern.⁷³ Seine Vorteile wurden insbesondere in der

- Bündelung von Ressourcen,
- der Koordinierung diverser Aktivitäten und
- einem verbesserter Informationsaustausch

gesehen.⁷⁴

Nach der Jahrtausendwende nahm der Bedarf an „zensurfreien Räumen“ und einer verstärkten Kommunizierung politischer Inhalte innerhalb linksextremistischer Strukturen weiter zu. Diesen Aspekt unterstreichend, hob – stellvertretend für viele Linksextremisten – die „Militante Antiimperialistische Gruppe – Aktionszelle Pierre Overney“ in einer Verlautbarung hervor, dass „der mittelfristige Ausbau unserer (klandestinen) Medien erforderlich [sei], um unabhängig von der bürgerlichen Presse unseren gesellschaftlich weitergefassten AdressatInnenkreis erreichen zu können (Errichtung von „Kommunikationskorridoren“). Uns ist bewusst, dass ein mühsamer, jahrelanger Organisierungsweg vor uns liegt. Dabei kommt der subversiven Nutzung des Internets ebenfalls eine immer größer werdende Bedeutung zu, um „Nachrichtensperren“ zu unterlaufen.“⁷⁵

73 Landesamt für Verfassungsschutz Berlin, Deutscher gewaltorientierter Linksextremismus in Berlin. Die „militante autonome Bewegung“, Berlin 1995, S. 41.

74 Thomas Barisic/Arnd Reinhardt, Linksextremismus im Internet, in: Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme (=Texte zur Inneren Sicherheit), hg. v. Bundesministerium des Innern, Berlin 2004, S. 222 – 252, hier S. 236.

75 Eine Reaktion auf den Diskussionsbeitrag der militanten Gruppe WIR-AG, 04. Juni 2003.

Mit der allmählichen Konsolidierung des Internets entwickelte sich zunächst ganz zwangsläufig eine größere Variabilität in der Verbreitung linksextremistischen Gedankenguts. Der bisherige Gebrauch der bewährten Mailbox-Systeme trat damit zeitweise in den Hintergrund. Momentan werden Kommunikationsstrukturen wie Mailinglisten und Newsletter kurzfristig, eher anlassbezogen und zweckorientiert aufgebaut und bei Wegfall des Anlasses ebenso kurzfristig wieder eingestellt. Die Nutzung aller üblichen Kommunikationswege und –möglichkeiten des World Wide Web ist damit innerhalb des linksextremistischen Spektrums längst Standard. Zum Teil werden – um deutsche Vorschriften zu umgehen - über ausländische Anbieter aktuelle Termine, Nachrichten, Diskussionsbeiträge und Publikationen mit teilweise strafbarem Inhalt verbreitet.

In den vergangenen Jahren nahm die extremistische Informationsweitergabe über das Medium Internet sowie über Mobiltelefone erneut stark zu. Die hierbei klar hervortretenden Vorteile der Material- und Kostenersparnis wie auch die Aktualität der Informationen lassen klassische Printmedien immer mehr in den Hintergrund treten. Gerade in Zeiten gruppenauflösender Tendenzen bietet sich linksextremistischen Kreisen das Netz z.B. für die Weitergabe von Treffmodalitäten zu Aktionen an, um so auch unorganisierte, autonome Strukturen besser erreichen zu können. Wesentliche Vorzüge des Internets sehen linksextreme Aktivisten immer noch in vier speziellen Bereichen:

- Der optimalen nationalen/internationalen Verbreitung von Informationen,
- der günstigen Modalitäten der Kommunikation,
- der Archivierungsmöglichkeiten sowie
- der Chance, deutsche Strafvorschriften zu umgehen.

Heute bietet nahezu jede Homepage auch eine E-Mail-Kommunikation und Links an, die Schnelligkeit und jederzeitige Verfügbarkeit garantieren. Kein Wunder also, dass sich die Parole „access for all!“ somit zu einer Art „netzpolitischer“ Grundforderung linksextremistischer Gruppen entwickelte. Folgerichtig erfreut sich der Protest gegen einen „digital divide“ auch aktuell noch breiter Unterstützung.⁷⁶

Die (zumindest scheinbar) vom Internet gebotene Anonymität sowie die Informationsvielfalt stellen nur zwei von vielen weiteren Vorteilen für die Szene dar. Linksextremisten schätzen daneben besonders den billigen, schnellen

und leichten Zugang, der weltweite Erreichbarkeiten garantiert. Als zweifelsohne größte Plattform zur öffentlichen Meinungsäußerung offeriert das World Wide Web hervorragende Aussichten Gleichgesinnte zu kontaktieren sowie Einzelpersonen in den Genuss der Zugehörigkeit zu einer virtuellen Gemeinschaft kommen zu lassen. Wie das Handy ermöglicht es ferner den schnellen Ideen- und Meinungs austausch unter Einbindung zweier oder unzähliger Personen. Es eignet sich damit perfekt zur Aktivierung Einzelner wie zur schnellen Mobilisierung Vieler.

Agitation/Mobilisierung/Aktion als zentrale Bereiche der Nutzung

Abgesehen von den hier genannten Vorteilen versetzt das Internet Linksextremisten heutzutage in die Lage, den Grad ihrer eigenen Organisation deutlich zu heben. Von Extremisten immer noch als eine Art „rechtsfreier“ Raum betrachtet, erscheint das Netz somit geradezu prädestiniert, um die ebenso relevanten wie neuralgischen Bereiche „Agitation“, „Mobilisierung“ und „Aktion“ auf technisch höchstem Niveau zu bedienen.

Als Kennzeichen politischer Propaganda können in diesem Zusammenhang die üblichen Formen der Agitation gelten: Diese reichen von der Verbreitung illegalen Materials, der Verächtlichmachung, Bedrohung und Beeinflussung des politischen Gegners über die Streuung der eigenen Ideologie bis hin zur Legitimierung und Glorifizierung gruppenspezifischer Aktivitäten. Linksextremistische Internetauftritte bieten daneben nicht selten politische Problemlösungen an und tragen mit dazu bei, bestimmte Feindbilder innerhalb der Gesellschaft zu kultivieren.

Der Bereich Mobilisierung hat im derzeitigen Linksextremismus nach wie vor eine herausragende Bedeutung. Die „prinzipielle Verfügbarkeit von Informationen“ zeigt – so die Einschätzung Szeneangehöriger – „wenig Wirkung [...], solange sie nicht genutzt und auf die eine oder andere Weise in politische Diskussion und Aktion übersetzt wird – im Netz, aber vor allem auf der Strasse“.⁷⁷ Zu allen relevanten Themenfeldern des bundesdeutschen Linksextremismus finden sich sowohl bei lokalen als auch bundesweiten Kampagnen entsprechende Ankündigungen und Mobilisierungsaufrufe im Internet. Offene Diskussionsforen z.B. sind dabei aber – anders als bei Rechtsextremisten – weniger von Bedeutung. Szenerrelevante Informationen wie Vernetzungsversuche oder Demonstrationsaufrufe werden zumeist über spezielle Mailinglisten oder Portalseiten (z.B. „Nadir.org“, „Indymedia“) verbreitet, mit denen die linksextremistische „community“ nach wie vor versucht, eine so genannte „Gegenöffentlichkeit“ zu den herkömmlichen Medien zu schaffen.

Die Formen konkreter linksextremistischer Aktionen im World Wide Web sind mittlerweile vielfältig: sie reichen von „Netzaktivismus“ mit gezieltem „Hacking“ rechtsextremistischer Seiten⁷⁸ hin zu „Defacements“ (Veränderung von Webpages) als Formen des „Cyberwar“ der „Antifa“. Im Rahmen der sogenannten „Rechercharbeit“ betreiben Autonome zudem eine offensive „Aufklärung“. Sie sammeln Informationen über Funktionäre, Schulungseinrichtungen, Trefflokale und andere logistische Einrichtungen rechtsextremistischer Gruppierungen zur anschließenden Veröffentlichung im Internet oder in Szeneblättern. Dazu treten „Virtuelle Sit-ins“ (Denial-of-Service-Attacken), von denen die Aktion Lufthansa-„deportation class“ im Sommer 2001 sicherlich die Bekannteste darstellt. Plakative Aktionen wie diese sind unter Linksextremisten aber (bislang) eher selten. Im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen den Hotelbau im Hamburger Schanzenpark wurde ab November 2004 eine Anschlagserie durch sogenannte „E-Mail-Militante“ verübt, die ihre Tatbekennungen per E-Mail an öffentliche Medien und an die mit dem Bau befassten Firmen versandte. Ein gewisses Aufsehen erregte außerdem im März 2006 die antideutsch ausgerichtete Kölner „Georg-Werth-Gesellschaft“, die eine selbst kreierte Mohamedkarikatur auf ihrer Homepage veröffentlichte. Die Düsseldorfer Bezirksregierung schritt dagegen ein und forderte eine sofortige Löschung der Abbildung. Der Netzprovider veranlasste darüber hinaus eine kurzzeitige Sperrung der inkriminierten Website. Die Kölner Linksextremisten sahen sich dadurch einer „massiven Repression“ ausgesetzt und deklarierten das Verhalten der Behörden in einer Presseerklärung, antideutschen Vorstellungen entsprechend, kurzerhand als „Zusammenarbeit von deutschen Staatsorganen und radikalen Islamisten“.⁷⁹

Gestaltung linksextremistischer Websites

Zuletzt ein Wort zur Art der Präsentation linksextremistischer Webseiten im Internet. Fragen, die bei der Einordnung und Bewertung derartiger virtueller „Visitenkarten“ stets aufs Neue auftauchen bewegen sich naturgemäß in den Bereichen Design, Styling, technischer Hintergrund und Informationsangebot. Um es vorweg zu nehmen: Linksextremistische Internetauftritte vermitteln zwar bisweilen durchaus Militanz, inhaltlich wird der User mehr oder minder direkt mit verfassungswidriger bzw. verfassungsfeindlicher Agi-

78 Zum Movens derartiger Aktivitäten heißt es in der Szenezeitschrift „Lotta“: „Als Fazit bleibt festzuhalten, dass die Hacks der antifaschistischen Bewegung neue Einblicke in Teile der extremen Rechten ermöglichten. Kommunikation und Binnenstruktur in Teilen der Freien Kameradschaften wurden nachvollziehbar. Die Umsätze und die personelle Verteilung der Kunden diverser RechtsRock-Versände konnte erfasst werden und die Einschätzung hier verfeinert werden. Die Veröffentlichung der Kundendaten verunsicherte zudem die KäuferInnen. Vor allem da, wo die Hacks zu unmittelbaren Reaktionen, sei es nun die Verhinderung von Konzerten oder das ‚Outen‘ von Neonazis führte, fühlten sich die Nazis in ihrem vermeintlichen virtuellen ‚Freiräumen‘ eingeengt“. Nicole Keller, Virtual Antifa is real! Is it?. Antifaschistische Hackwelle und die Reaktionen der Neonazis, in: Lotta Nr. 23, (2006), S. 24-25, hier S. 25.

79 Peter Nowak, Der Karikaturenstreich, in: Die Tageszeitung, 15. März 2006, S. 14

tation konfrontiert, dazu tritt immer wieder unverhohlene Demokratiefeindlichkeit; doch die Art wie dies geschieht, lockt meist nur den bereits ideologisch Nahestehenden an. Mitgliederwerbung (Rekrutierung) zielt dabei nicht unbedingt auf einen „direkten“ Rekrutierungserfolg ab, sondern vielmehr auf das Wecken von Neugier, die Lust auf „mehr“, die ideologisch-gefühlsmäßige Solidarisierung sowie das „Anpolitisieren“ meist jugendlicher Sympathisanten. Ob dieses Konzept in einer stark medial orientierten Gesellschaft Erfolg verspricht, bleibt indes fraglich. Wirkt doch die Netzpräsenz vieler linksrevolutionärer Gruppen und Zusammenhänge oft wenig ansprechend, extrem textlastig und visuell reizlos. Auf pointierte optische und akustische Stilmittel wird nicht selten völlig verzichtet. Diejenigen Beiträge, welche auch Selbstdarstellungen autonomer oder sonstiger Zusammenschlüsse beinhalten, zeichnen sich zumeist durch einen erheblichen Mangel an Informationen aus. Selbst Pflege und Aktualisierung der Seiten lässt – gerade im autonomen Bereich – oft zu wünschen übrig. Immerhin bemühen sich Teile der Szene wenigstens um Aktualität. Zum Zweck des mobilen Nachrichtenaustausches führen diese bei Aktionen Mobiltelefone, Digitalkameras, Notebooks und Palm Tops mit, deren Daten auch über das Internet weitergegeben werden können.⁸⁰

Fazit

„Wenn alle Truppen in Bewegung sind die Kommandeure an alles gedacht haben, richte deine Aufmerksamkeit auf das Fernsehen, denn du kannst die Schlacht gewinnen oder den Krieg verlieren, wenn du mit der Story nicht richtig umgehst.“⁸¹ Fast scheint es, als wäre die plakative Äußerung Colin Powells aus dem Vorfeld des Golfkrieges von 1991 nunmehr auch in den Mobilisierungsplanungen deutscher Linksextremisten des Jahres 2006 angekommen. Damals wie heute steht für die agierenden Personen die Bedeutung der Medienpräsenz im Vordergrund. Bei Ereignissen wie dem G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 wird ein bereits globalisierungskritisches Bündnis nur dann mediale Aufmerksamkeit erlangen können, wenn eine ebenso dauer- wie massenhafte Mobilisierung überhaupt erreichbar scheint.

Die spezifische Ausprägung linksextremistischer Projekte dürfte damit für die nahe Zukunft durch die „Abkehr von reinen Darstellungen plakativ-extremistischer Ideologien hin zur globalisierten Organisation und Koordination linker Kampagnen“ bestimmt sein. Nicht mehr politische Grundfragen des Marxismus/Leninismus werden eine entsprechende Breitenwirkung entfalten, sondern umfassend ausgerichtete Themenfelder mit aktuellem Bezug – wie z. B. „Antiglobalisierung“ – werden mithelfen, die demokratischen

80 Sven Maier, links im Netz, in: Antifaschistisches Infoblatt Nr. 55, (2002), ohne Seitenangabe.

81 Zit. Nach: Peter Bürger, Kino der Angst, Terror, Krieg und Staatskunst in Hollywood, Stuttgart 2005, S. 50.

Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung weiter zu erodieren. Man kann somit der Einschätzung zustimmen, wonach „das Internet eine Schlüsselfunktion hinsichtlich Mobilisierung, Koordinierung und auch Intellektualisierung des linksextremen Spektrums innehaben“ wird.⁸² Die Frage der „Sicherheit im Internet“ behält allem Anschein nach ihren mittlerweile hohen Stellenwert innerhalb linksextremer Zusammenhänge. In Gänze wird allerdings selbst von Linksextremisten erkannt, dass die Weiterentwicklung auf dem technologischen Sektor viel zu rasant verläuft, um sich ohne Ausnahme allein auf technische Formen des Widerstands zu konzentrieren. Ein Aktionsaufruf vom Februar 2002 „Gegen Überwachungswahn & Sicherheitsgesellschaft!“ bringt dies abschließend in beinahe resignativer Form auf den Punkt: „Wenn wir uns gegen die (rassistische) Überwachungsgesellschaft, gegen das blindwütige Sammeln von Datensätzen und die massive Einschränkung persönlicher Freiheiten, die im Kapitalismus von je her äußerst begrenzt sind, nicht entschlossen wehren, wird der gläserne Mensch nicht dramaturgischer Inhalt diverser Science-Fiction-Romane bleiben, sondern praktische Realität. Ein erster Schritt wäre eine Verweigerungshaltung, die ganzen Schweinereien einfach nicht mitzumachen“.⁸³

82 Thomas Barisic/Arnd Reinhard, Linksextremismus im Internet, in: Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme (=Texte zur Inneren Sicherheit), hgg. v. Bundesministerium des Innern, Berlin 2004, S. 222 – 252, hier S. 239, 251.

83 Demonstrationsaufruf der „AG gegen Schilybesuch“ vom Februar 2002.

Erik Robert Lamouline, Bundesamt für Verfassungsschutz

Die Nutzung des Internet durch Linksextremisten Teil 2

Internetportale

Diese dienen der Information, Kommunikation und Vernetzung innerhalb der linksextremistischen Szene und werden auch als „Rote Zonen“ bezeichnet. Hierdurch soll Gegenöffentlichkeit hergestellt und darüber hinaus die Koordinierung, Mobilisierung und Organisation der linksextremistischen Szene unterstützt werden.

- **Nadir.org**

Hinter dieser Domain verbirgt sich der Urvater von allen linksextremistischen Internetaktivitäten. Dieses Portal befindet sich seit 1995 im Netz und „nadir“ war vorher Nutzer des linksextremistischen Mailboxnetzes „SpinnenNetz“.

Schwerpunkt bildet bei „nadir“ ein Archiv, mit dem antiimperialistische, antikapitalistische und antifaschistische Politik unterstützt werden soll. Gleichzeitig dient das Archiv als Instrument, um die in der linksextremistischen Szene vorhandenen Gegensätze aufzulösen; sich zumindest auf einen gemeinsamen Nenner zu einigen. Daher auch die Wahl des Begriffes „nadir“, der hier gleichzusetzen ist mit der Bedeutung: „Fluchtpunkt in die Unendlichkeit“.

Darüber hinaus bietet „nadir“ Webspaces für linksextremistische Gruppierungen an und baut bundesweite Internetzugänge für die Szene auf. So konnte von 1996 bis 1998 ein erster Schritt der linksextremistischen Internetaktivität festgestellt werden, der 1998 einen elementaren Schub erhielt und damit endete, dass seit dem Jahr 2000 alle linksextremistischen Zusammenhänge mit Internetpräsenzen im Internet vertreten sind. Das Internet stellt seit dem ein alltägliches Instrument für nationale / internationale Politik und Agitation dar.

- **„Indymedia Deutschland“**

Dieses von Linksextremisten verstärkt genutzte Internetportal trat erstmalig im Vorfeld des im März 2001 durchgeführten Castor – Transports in

Erscheinung und erlebte bei der Live – Berichterstattung zum G8 Treffen in Genua seine bisher aktivste Phase. „Indymedia Deutschland“ ist Teil des globalen „Indymedia“ Netzwerkes, das nach eigenen Angaben weltweit über lokale „independent media center“ (internationale Indymedia Webportale) verfügt.

Laut Eigendarstellung sieht sich „Indymedia Deutschland“ als „ein multimediales Netzwerk unabhängiger und alternativer Medien, MedienmacherInnen, engagierter Einzelpersonen und Gruppen. Es bietet offene, nicht kommerzielle Berichterstattung sowie Hintergrundinformationen zu aktuellen sozialen und politischen Themen. Bereits bestehende alternative Strukturen sollen dadurch in ihrer Arbeit unterstützt werden.“ Seinem Selbstverständnis nach ist der deutsche Ableger „ein internationales Netzwerk von Medieninitiativen und AktivistInnen für unabhängige und unkommerzielle Berichterstattung von unten – vor Ort und weltweit. Es versteht sich als Teil eines weltweiten Widerstands gegen die kapitalistische Globalisierung.“

„Indymedia Deutschland“ agiert unabhängig von den weiteren „Indymedia Portalen“. Innerhalb des weltweiten „Indymedia Netzwerkes“ gibt es keine hierarchischen Strukturen.

Mittelpunkt des „Indymedia Deutschland“ Portals bildet der sog. „Open Posting“-Bereich. Hier haben Gruppen wie auch Einzelpersonen die Möglichkeit, ohne besondere Zugangsberechtigung ihre Aufrufe, Berichte und sonstigen Beiträge vom eigenen Computer aus direkt auf der Medienplattform einzustellen; diese sind oftmals mit entsprechendem Bildmaterial oder mit vor Ort aufgenommenen Videosequenzen angereichert.

„Indymedia Deutschland“ zensiert als einziger Ableger des „Indymedia“ Netzwerkes diese Beiträge. Ein Redaktionsteam hat die Aufgabe, Beiträge mit rassistischen, antisemitischen, faschistischen oder sexistischen Inhalten auszusondern. Das Einstellen von rechtswidrigen und/oder augenscheinlich extremistischen Inhalten, die möglicherweise ein Tätigwerden der Strafverfolgungsbehörden nach sich ziehen würden, soll auf diesem Wege verhindert werden.

Darüber hinaus beabsichtigt „Indymedia“ mit seiner Webseite die unterschiedlichen Gruppierungen der linksextremistischen Szene stärker zusammenzuführen und ihnen als Sprachrohr zu dienen. Politische

Kampagnen sollen unterstützt werden, um eine Öffentlichkeit über linksradikale Kreise hinaus zu erreichen und „Teil der Bewegung“ zu sein.

Einsatz von sog. „Live Chats“ und teilweise geschlossene Mailinglisten.

Interessant ist, dass auch die „militante gruppe“ (mg) ihre Bekenner-schreiben an „Indymedia Deutschland“ gesendet und unter der Rubrik „open posting“ veröffentlicht hat.

Jedoch sind auch kritische Stimmen laut geworden:

Ein Zentralsystem sei angreifbar.

- Missbrauch des Webportals als Mobilisierungsplattform.
- Zensur durch Moderatorenteams.
- Beiträge würden keinen politischen Nährwert besitzen.

Kampagnenseiten (Beispiel „Mobilisierungsströmungen gegen G8 Treffen 2007 in Heiligendamm)

- **„Dissent“ (plus X)**

Der im globalisierungskritischen Lager ausdrücklich als eine „Organisation im linksradikalen, autonomen, emanzipatorischen und anarchistischen Spektrum“ beschriebene „deutschsprachige“ Ableger des von britischen Globalisierungskritikern zur Planung von Protesten gegen das G8-Treffen 2005 in Gleneagles (Schottland) gegründeten Netzwerkes „Dissent!“ strebt erklärtermaßen eine „linksradikale“ Vernetzung gegen das G8-Treffen 2007 in Heiligendamm an. Beteiligt sind Autonome aus verschiedenen Städten, aber auch einzelne trotzkistische Gruppen. Den einigenden Minimalkonsens von „Dissent! (plus X)“ bilden die sog. „Eckpunkte“ des nicht-hierarchischen, internationalen anarcho-sozialrevolutionären Netzwerkes „Peoples‘ Global Action“ (PGA), das im deutschen Linksextremismus allerdings über keinen ausreichenden Rückhalt verfügt. „Dissent! (plus X)“ hatte zunächst den Anspruch formuliert, die „undogmatische Linke“ solle gestärkt in die Proteste gegen das G8-Treffen hinein- und vor allem gestärkt wieder daraus herausgehen. Tatsächlich jedoch schwindet die Bedeutung von „Dissent! (plus X)“ bereits jetzt. Seine bundesweiten Treffen verzeichneten zuletzt rückläufige Teilneh-

merzahlen, auch die dort vertretenen Spektren – so wurde intern beklagt – seien „immer kleiner“ geworden. Gleichwohl unterhalten einige der von „Dissent! (plus X)“ eingerichteten Arbeitsgruppen – etwa die „AG Aktionen“ – Internetseiten, die der Vorbereitung von Protesten dienen.

- **„Anti-G8 Bündnis für eine revolutionäre Perspektive“**

Das Anfang März 2006 – zunächst unter der Bezeichnung „Revolutionäres Anti-G8-Bündnis/Anti G8 Coalition“ – in Berlin gegründete, dezidiert antiimperialistisch ausgerichtete „Anti-G8 Bündnis für eine revolutionäre Perspektive“ stellt eine erste Abspaltung von „Dissent! (plus X)“ dar. Es entwickelt nur wenig eigene Mobilisierungsbemühungen und beschränkt sich weitgehend darauf, auf seiner Internetseite auf die bekannten Aktionsplanungen anderer Mobilisierungsströmungen hinzuweisen. Das „Anti-G8 Bündnis(es) für eine revolutionäre Perspektive“ verfolgt die Absicht, über die Mobilisierung gegen das G8-Treffen 2007 in Heiligendamm „revolutionäre Positionen (zu) vermitteln, möglichst breite Kreise (zu) erreichen und eine effektive Praxis (zu) entwickeln, die sich gegen Kapitalismus und Imperialismus richtet“.

- **Portalseite der „GipfelsoliInfogruppe“**

Diese fasst die gesamten, strömungsübergreifenden Events benutzerfreundlich auf eine Portalseite zusammen. Sie fungiert als Klammer, um den Blick auch über den „Tellerrand“ zu werfen und strömungsübergreifende Aktionen über diese Seite zu verbreiten. Somit ist der Nutzer in der Lage, sich jederzeit einfach und aktuell über die Planungen und Entwicklungen – insbesondere hinsichtlich stattfindender Aktionen und Demonstrationen zu informieren.

- **„Interventionistische Linke“**

Im Mai / Juni 1999 nach dem EU / WWG Doppelgipfel entstandener Diskussionszirkel. Verbreitet im Internet die sog. „G8 extra“ Zeitschrift. Setzt sich aus verschiedenen nicht ausschließlich extremistischen Einzelpersonen, revolutionär marxistischen Gruppen und militanten Autonomen zusammen.

- **Videoactivismus**

Auf der Portalseite der sog. „Videoactivisten – Netzwerk zur Medienarbeit Heiligendamm“ werden diverse Video- und Bilddokumentationen – auch zum Download - angeboten.

Darstellung linksextremistischer Internetaktivitäten am Beispiel des Instruments der offenen und geschlossenen Mailinglisten

Antifa Recherchearbeit

Ein weiterer Schwerpunkt des „antifaschistischen Kampfes“ ist die Recherchearbeit, d.h., die Aktivitäten von Rechtsextremisten bzw. vermeintlichen Rechtsextremisten aufzudecken bzw. Strukturen und Einzelpersonen zu outen und zu bekämpfen. Im Rahmen dessen findet eine offensive Aufklärung statt. Es werden Informationen gesammelt über Funktionäre, Schulungseinrichtungen, Trefflokale und andere logistische Einrichtungen. Diese Informationen werden dann in Szenezeitschriften bzw. im Internet veröffentlicht. Letztendlich dient die Recherchearbeit also der Vorbereitung militanter Aktionen.

In diesem Zusammenhang wurden folgende Aktivitäten der linksextremistischen Szene beispielhaft vorgeführt:

- Plakative Veröffentlichung möglicher Rechtsextremisten aus dem Westhavelland mit Bild und Hintergrundinformationen.
- Aufforderung, einen von der linksextremistischen Szene „geouteten Nazi“ im Rahmen eines Sonntagsspazierganges zu besuchen.

Illegale Aktionsformen im Internet (sog. „Cyberguerilla“)

Durch das Internet kann nicht nur zu Aktivitäten und Aktionen umfassend mobilisiert werden, der weltweite Informationsaustausch erlaubt auch den Austausch von Erfahrungen. Zudem fördert er die Weiterentwicklung von illegalen Aktionsformen. In der Leipziger Szenepublikation „KlaroFix“ wurde dieser Gedanke aufgegriffen. Dort hieß es in einem mehrseitigen Beitrag:

„Es wird notwendig, kapitalistische Strukturen durch bereiter angelegte Vorgehensweise zu stören. Zum Beispiel mit Mitteln der ‚Imageverschmutzung‘. Ein Teil davon kann elektronischer ziviler Ungehorsam sein.

(...) Elektronischer ziviler Ungehorsam ist jung, aber vielseitig. In Verbindung mit Aktionen anderer, d.h. nicht elektronischer Art lässt sich für die Zukunft ein großes Potential ausmachen. Nutzen wir es! (...) Wir denken, es ist Zeit, diese elektronischen Mittel im Widerstand zu erproben.“

„Online Demonstrationen“

- „Online – Demo gegen die Lufthansa AG“

Neben der Perfektionierung der Informationsvernetzung beschäftigten sich Linksextremisten erstmalig mit einem neuen Feld der Internetnutzung, dem sog. „Widerstand im Cyberspace“. Obwohl der von der Initiative „Libertad!“ – einem Zusammenschluss von Angehörigen der autonomen/antiimperialistischen Szene -initiierte Versuch scheiterte, durch massenhafte Zugriffe die Homepage der Lufthansa AG am 20. Juni zu blockieren („Distributed Denial of Service“-Attacken), werteten die Initiatoren die Aktion als Erfolg. Sie verwiesen auf das starke Medieninteresse und kurzfristig aufgetretene, längere Ladezeiten beim Aufbau der Homepage.

Der 1. Strafsenat des OLG Frankfurt hat am 22. Mai 2006 in Sachen „Online Demonstration“ folgendes Fazit gezogen:

„Online Demos“ sind keine Gewalt, keine Nötigung, keine „Drohung mit einem empfindlichen Übel“, keine „Datenveränderung“; auch eine Verurteilung als Ordnungswidrigkeit käme nicht in Betracht. Auch das Internet wäre ein Ort für Proteste und Demonstrationen.

Die Beurteilung aus der „barricada“ (Szenepublikation der Gruppe „Organisierte Autonomie“ in Nürnberg) könnte perspektivisch von Bedeutung sein: „Dem eigenen Aktionsfeld im Internet selbst sind bei entsprechender technischer Kenntnis kaum Grenzen gesteckt. Gegen einen wirkungsvollen Angriff auf eine Seite/eine Einrichtung im Netz per Viren oder Datenüberlastungsaktionen ist ein Sprengstoffanschlag in seiner Wirkung kaum mehr als Peanuts, Beispiele gab es dafür in der Vergangenheit einige. Cyber-Guerilla, vielleicht DIE militante Option des Widerstands im 21. Jahrhundert, wir werden's sehen.“

- „Online – Demo gegen den Neubau von Atomreaktoren“

Atomkraftgegner riefen im November 2006 über „Indymedia Deutschland“ zu einem Online Protest gegen den Neubau von Atomreaktoren des Typs EPR auf.

Laut Aufruf sei das Ziel die Webseite der AREVA NP. Der EPR (European Pressurised Reactor) sei ein deutsch – französisches Konsortium, an dem das deutsche Unternehmen SIEMENS zu einem Drittel beteiligt sei.

- „Hacktivism“

Im Jahr 2005 etablierte sich eine neue Art des Antifa-Aktivismus: Hacks und Defacements. Das Eindringen in „rechte Seiten“ und defacen (verändern des Erscheinungsbildes der Startseite) hat 2005 sehr an Popularität gewonnen. Verschiedene Gruppen aus dem Bereich der Antifa führten derartige Aktionen durch und machten den Betreibern rechts-extremistischer Homepages schwer zu schaffen. Neben dem Wirken in der Öffentlichkeit sprangen dabei auch sehr viele Informationen zum Nutzen lokaler Antifa-Gruppen heraus. Wer konkret für diese Aktionen verantwortlich ist, ist nicht bekannt. Netzrecherchen ergaben, dass es sich um Antifaschisten aus dem Raum Dresden handeln könnte.

Die Hackaktionen wurden in der Regel bisher auf „Indymedia Deutschland“ veröffentlicht, wobei jedoch auf ein Bekennerschreiben verzichtet wurde. Lediglich die angegriffene Webseite und Links zu den „gekaperten“ Daten wurden bereitgestellt.

In der Vergangenheit hat sich bisher eine nicht weiter bekannte Gruppierung namens „KATJUSHA INFORMATION WARFARE“ zu einigen Angriffen bekannt.

Bisher konnten annähernd mehr als 50 solcher „Defacements“ / „Hacks“ festgestellt werden, wobei oftmals die verbreiteten Datenbankdaten sichergestellt werden konnten

In diesem Zusammenhang wurde die Veröffentlichung auf „Indymedia.de“ mit der Überschrift „aufuhr-versand.de gehackt“ aufgerufen.

Vom antifaschistischen Spektrum wurde ein Mobilisierungsjingle der „rechten Szene“ zu einer Demonstration in Hoyerswerda im September 2006 phantasievoll so verändert, dass hierdurch die Planungen sei-

tens der „rechten Szene“ lächerlich erschienen. Diese Jingle wurde vorgeführt.

„Verdeckte Internetpräsenzen“

Zum Abschluss der Ausführungen wurde am Beispiel des Berliner Providersystems „so36.net“, - es wird von allen relevanten gewaltbereiten Berliner Gruppierungen für Internetaktivitäten genutzt, - die höchst anspruchsvolle Vorgehensweise des linksextremistischen Spektrums demonstriert, eigenständig Netzwerke abgeschottet und kontrolliert im Internet zu betreiben und dem militanten Spektrum zur Verfügung zu stellen.

Fazit

Das Internet mit seinen unterschiedlichen Diensten bietet für Linksextremisten weiterhin ungeahnte Möglichkeiten.

Nicht nur als Plattform für offene Agitation und Propaganda wird es verstärkt eingesetzt werden, auch die Anwendungen im verdeckten, passwortgeschützten Bereich und die Einsätze als Instrumente der Cyberguerilla und der antifaschistischen „Hackerszene“ werden zunehmen und an Bedeutung gewinnen. Der Einsatz des Internet als Angriffswaffe durch Extremisten wird die Sicherheitsbehörden weiterhin vor schwer zu lösende Probleme stellen. Allerdings würde der Einsatz eines sog. „Bundestrojaners“ diese Probleme alleine nicht lösen können. Nur das enge Zusammenspiel aller nachrichtendienstlicher Komponenten kann langfristig Erfolg versprechen.

Die Autoren

Waldmann, Peter, Prof. em. Dr.

Eiffler, Sven, Dr.

Danish Security Intelligence Service (PET)

Selzner, Guido, M.A.

Kestler, Stefan, Dr.

Lamouline, Erik Robert